

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Der Ausweg

Vernünftige Verteilung des Produktionsertrages

F. K. Die deutschen Notverordnungen wie die englischen Zollmaßnahmen mitsamt den andern orders in council offenbaren einen Glauben, der nicht von dieser Welt ist. Und wenn das nächste Geschlecht einmal diese Akte der beiden Regierungen liest, wird es sich kopfschüttelnd fragen, wie eine solche Verirrung des menschlichen Verstandes möglich war. Selbst wenn die Akte alles brächten, was mit ihnen beabsichtigt wird, so würden die beiden Völker noch um keinen Deut aus ihrem großen Dalles heraus seilf. Sehr wahrscheinlich würden sie noch tiefer drin stecken, die wirtschaftlichen Nöte würden nicht milder, der Mangel an gegenseitigem Vertrauen nicht geringer sein. Denn der Urquell, aus dem letzters die wesentlichsten Nöte der Gegenwart kommen, wird durch die genannten Akte nicht verstopft, sondern verstärkt.

Alle die Maßnahmen laufen auf Sparen, Beschränkung und Einschränkung hinaus. Die Bürger sollen durch Gesetzesparagrafen dazu gezwungen werden, den Leibriemen noch enger zu schnallen. Sie sollen mehr entbehren, damit die Staatskasse weniger zu entbehren braucht. Man will die Warenerzeugung nicht zugrunde gehen lassen, indem man die Warenkäufer zugrunde richtet.

Die Politik des Sparens oder der Einschränkung ist nun zwar früher oft angewandt worden, und auch mit Erfolg. Es wurde zu ihr Zuflucht genommen in Zeiten der Mißernte, der Hungersnot, der Warenknappheit im Kriege oder in einer belagerten Stadt. Und nur dadurch, daß alle sparten, daß die Menschen auf beschränkte Rationen gesetzt wurden, gelang es, über die Not hinwegzukommen. Und weil das damals geglückt ist, glauben unsere Staats- und Wirtschaftsweisen, mit der Politik des Sparens und Einschränkens müsse es auch diesmal glücken. Nichts törichter als das.

Die damaligen Nöte entsprangen dem Mangel an Waren oder Lebensmitteln, unsere heutigen Nöte aber entspringen einer Überfülle von Waren und Lebensmitteln. Diese Überfülle ist dermaßen groß, daß die Waren verbrannt oder ins Meer versenkt werden; daß die Preise dermaßen gesunken sind, daß der Erzeuger dabei verkommen muß; daß unzählige Betriebe geschlossen und Millionen Menschen außer Arbeit gesetzt werden. Diese unerhörte Überfülle durch Sparen und Einschränkern meistern wollen, ist vollständig widersinnig. Und wo es versucht wird, wie in den deutschen Notverordnungen und den englischen orders in council, muß sich das große Übel verschlimmern. Wer daran zweifelt, den wird der andauernde wirtschaftliche Niedergang Englands und Deutschlands, nein der ganzen Welt, eines Besseren belehren. Dieser Niedergang ist der handgreifliche Beweis für die Verkehrtheit der Politik des Sparens und der Einschränkung. Eine andere Politik ist darum unerläßlich, eine Politik, die der Ursache des großen Übels, der Überfülle, Rechnung trägt.

Die kapitalistische Wirtschaft hat ihre Aufgabe erfüllt, glänzend erfüllt. Sie hat die Produktionsmöglichkeit verdoppelt, verzehnfacht, verhundertfacht. Sie hat den ganzen Erdball mit Schienensträngen, Telegraphen- und Schifflinien versehen, um die fabelhaft gesteigerten Produktionsmassen rasch dorthin zu schaffen, wo sie verlangt werden. Der kühne Traum, den einst ein griechischer Dichter bei der Erfindung der Wassermühle in freudige Worte kleidete, nämlich daß sich die Menschen nun ohne Schinderei ihres Lebens freuen könnten, ist mehr wie erfüllt. Das Ziel der kapitalistischen Wirtschaft, die menschlichen Bedürfnisse mit möglichst wenig menschlicher Kraft zu befriedigen, ist im großen ganzen erreicht. Der Daseinszweck des Kapitalismus ist damit vollendet.

Der Urquell unsrer großen Not, die Überfülle von Waren, wäre keinesfalls zu einem so vernichtenden Strom ange wachsen, wenn man sich ebenso eingeheud mit der Unterbringung der Überfülle, mit der Verteilung des Produktionsertrages befaßt hätte, wie mit der Erzeugung. Die besten Köpfe und Hände waren immerfort mit der Erfindung Menschenkraft sparcender und den Ertrag steigender Maschinen beschäftigt. Aber darüber hat man sich nie geziemend den Kopf zerbrochen, was man schließlich mit den immer größer werdenden Warenbergen und den überflüssig werdenden Arbeitern anfangen soll. Die Folgen dieser Unterlassung sehen wir jetzt allerwärts. Anstatt daß das unablässige Mühen des Erfindergeistes freudenspendende Muße und Wohlhabenheit gebracht hätte, bringt es qualende Arbeitslosigkeit und graues Elend, geschäftliche Zusammenbrüche und dumpfe Verzweiflung in den Mittelschichten, die sich im Hinrennen zu den Faschisten verrät.

Daß dies in Deutschland am ärgsten ist, kommt nicht von ungefähr. Hier ist in der Industrie wie besessen kartelliert, rationalisiert und konzerniert worden, um die Produktion zu steigern, und gleichzeitig sind die Arbeiter wild angetrieben, der Lohn gedrückt und die Massensteuern hochgetrieben worden, wodurch es verhindert wurde, daß die immer größer werdende Warenmenge ab-

gesetzt werden konnte. Nicht nur das. Auch die Reichsregierung hat ihr möglichstes getan, die widersinnige Wirtschaftspolitik des Unternehmertums zu fördern.

Um die Wirtschaftskrise zu beheben, ist es zuerst und vor allem nötig, uns ebenso eifrig mit der Verteilung des Produktionsertrages zu beschäftigen, wie es bislang mit seiner Steigerung geschehen ist. Hier ist noch viel, sehr viel nachzuholen. Zwar sind zur Zeit alle europäischen Büchermärkte mit Darstellungen der Wirtschaftskrise und Kritiken des kapitalistischen Systems hochbeladen. Nahezu alle diese Schriften aber haben den Fehler, daß sie gerade dort zu Ende gehen, wo sie ihren Zweck beweisen sollten. Schade. Wenn die gelehrten Fachleute die Frage der Fragen unsrer Zeit oder Not nicht zu beantworten vermögen, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn sich wirtschaftliche Kurfuscher und politische Rattenfänger an die Aufgabe machen und Gläubige die schwere Menge finden. Und sie dürfen sich weiter nicht wundern, daß die Opfer der kapitalistischen Drangsal emsig jenseits der Landesgrenzen nach einem besseren Zustand suchen, und daß sie schließlich der Nebel der Entfernung oder Wortdunst glauben läßt, das Ideal dort entdeckt zu haben.

Um es noch einmal zu betonen: es gibt keine andre Möglichkeit, um aus der aus Überfülle verursachten Wirtschaftsnöte herauszukommen, als auch eine vernünftigere Verteilung des Produktionsertrages: von ihm muß viel mehr als bisher dem Verbrauch zugute kommen, damit die steigende Überfülle von den sie schaffenden Menschen genossen, verbraucht werden kann. Ein kurzer Verfolg dieses Gedankens läßt schon erkennen, daß er äußerst revolutionärer Natur ist. Er bedeutet nichts weniger, als mehr Lohn und weniger Profit, mehr Wohlhabenheit bei den vielen Millionen Arbeitern und weniger bei den verhältnismäßig wenig Besitzenden; mehr wirtschaftliche Macht bei der Masse und weniger bei der Kapitalistenklasse. Außerdem gebiert die Verwirklichung dieses Gedankens noch andere Änderungen, an deren Ende die Überführung der Wirtschaft an die wirklichen Produzenten steht.

Dies alles wissen schließlich auch die bürgerlichen Kritiker des kapitalistischen Systems. Und das ist es, was manche von ihnen zurückschrecken läßt, die letzten Konsequenzen aus ihrer Kritik zu ziehen. Sie preisen daher einen Staatskapitalismus oder die Autarkie und andre Halbheiten oder Irrwege. Bei andern Kritikern mag es geistige Trägheit sein oder Unvermögen, neue grundlegende Gedanken hervorzubringen. Das letztere scheint in der Tat in der Mehrzahl der Fälle zuzutreffen. Verständlich. Wenn man ein langes Leben dem kapitalistischen Kreidestrich gefolgt und in der „besten der Welten“ alt geworden ist, fällt es schwer, neue Gedanken zu gebären. Und von den derzeitigen Regierungen ist schon gar nichts für die wirkliche Lösung des Problems der Probleme zu erwarten. Selbst wenn, wie es wahrscheinlich ist, mancher Minister gleichfalls erkennt, daß mit der notverordnenden Politik, mit dem Lohnabbau und dem immer stärkeren Einschränkern dem aus Überfülle gebornen Übel unmöglich behoben werden kann, so wird dennoch nichts Geziemendes getan werden, weil die Regierung oder der Minister sein amtliches Dasein zu quittieren hätte.

Das darf die ersten Leidtragenden der Krise nicht abhalten, sondern muß sie antreiben in der Suche nach Mitteln und Wegen der Lösung nicht zu erlahmen. Und es gibt keine andre Lösung als eine vernünftigere Verteilung des Produktionsertrages. Ohne diese müssen alle andern Mittel und Maßnahmen ganz unzulängliches Stückwerk bleiben.

Das darf die ersten Leidtragenden der Krise nicht abhalten, sondern muß sie antreiben in der Suche nach Mitteln und Wegen der Lösung nicht zu erlahmen. Und es gibt keine andre Lösung als eine vernünftigere Verteilung des Produktionsertrages. Ohne diese müssen alle andern Mittel und Maßnahmen ganz unzulängliches Stückwerk bleiben.

Der letzte Borsig

Das Stammwerk Borsigs in Berlin-Tegel hat seine Zahlungen eingestellt. Die noch etwa 3500 Köpfe zählende Belegschaft hat als Weihnachtsgeschenk die Kündigung erhalten. Es sollen, wie wir hören, noch für 12 Millionen Aufträge vorhanden sein, doch hänge ihre Erfüllung von der Beschaffung von Krediten ab. Wir möchten dies um unserer Kollegen willen dringend wünschen. Über das weitere Schicksal des Borsigwerkes schwirren nur unkontrollierbare Gerüchte. Seine Zahlungseinstellung ist ein herber Schlag für die Bevölkerung Tegels, die gutenteils in dem Werke beschäftigt war. Mit unseren Kollegen werden zahlreiche Geschäftsleute in Mitleidenschaft gezogen. Das entsetzlich große Heer der Erwerbslosen erhält neuen Zuzug.

Auch wer nicht jenseits der deutschen Grenzen gelebt hat, wird wissen, wie weit die Erzeugnisse der Firma Borsig in die Welt gingen und wie sehr sie geschätzt wurden. Aus der Werkstatt, die vor 95 Jahren August Borsig am Oranienburger Tor zu Berlin gründete, ist schnell eine Weltfirma geworden. Borsig und Lokomotivbau wurden bald gleichbedeutend. Zu dem Stammwerk sind im Laufe der Jahrzehnte andere Werke und Kohlenfelder gefügt worden, ein ganzer Konzern ist entstanden, in dem allerhand Unternehmungen dermaßen verschachtelt wurden, daß sich nur der ganz Eingeweihte auskennt. Die ganzen Anlagen boten Raum für 15000 Leute, von denen zur Zeit noch ein Viertel beschäftigt sein mag. An dem Rückgang der Belegschaft läßt sich der Stand des Borsig-Konzerns ermesnen.

Die prächtige Entfaltung der Gründung August Borsigs ist nicht zum wenigsten einem Arbeiterstamme zu verdanken, der von außergewöhnlichem Berufsgeschick, Fleiß und Berufsstolz erfüllt war. Ein Teil der Belegschaft fühlte sich eins mit dem Werke, vertraute ihm vollkommen, was sich unter anderem darin kundtat, daß viele Arbeiter ihr Geld der Werkssparkasse anvertrauten, um es sicher angelegt zu haben. Das Spargeld der Arbeiter ist, wenn die Meldungen richtig sind, mit in das Danaidenfaß der Pleite versunken. Ob davon noch etwas zu retten ist und wieviel, steht dahin. Welche Stimmung darob bei der Belegschaft herrscht, läßt sich denken.

Der Name Borsig hatte in früheren Zeiten nicht nur in geschäftlicher Hinsicht einen guten Klang. Er stach in gewissem Sinne wohlthuend von anderen Unternehmernamen ab. Nach außen hatte der Name einen Stich ins Liberale, nach innen einen ins Patriarchalische. Und durch ein Wort Ferdinand Lassalles, der Borsig als ein Stück Verfassung bezeichnete, bekommt man einen Begriff davon, welchen öffentlichen Einfluß Borsig früher hatte.

Der gute Ruf, das große Kapital einer Firma, die in der Welt werben will, ist von den Erben des Gründers verwirtschaftet worden. Der bisherige Chef, Ernst v. Borsig, war acht Jahre lang Vorsitzender der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, jener Organisation, die immer vorne war, wenn Gift und Galle gegen die Arbeiterschaft gespielt wurden. Die Überfülle von Gift und Galle hat bei dieser Organisation wirtschaftliche Vernunft nicht aufkommen lassen. Die Schriften, die die Vereinigung im Laufe des letzten Jahrzehnts herausgegeben hat, sind wahrhaftige Sammelbecken wirtschaftlichen Unsinn. Dies darzulegen, sind die Gewerkschaften nicht müde geworden. Wie recht sie damit hatten, ist heute auf Grund des wirtschaftlichen Tiefgangs der deutschen Industrie leicht festzustellen. Wir sind nicht geneigt, den Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände als alleinigen Erzeuger des bodenlosen Unsinn und des gegen die Gewerkschaften verspritzten Geifers hinzustellen. Aber er hat als Vorsitzender die Verantwortung dafür. Er hätte besser getan, sich um seine immer vielgestaltiger und umfangreicher werdende Produktion zu kümmern, als den Tonangeher verbohrt sozialreaktionärer Musikanten zu spielen. Seine Firma wäre dann wahrscheinlich nicht an die

Spitze der deutschen Pleiteliste gekommen. So hat er sich's zuschreiben, daß seine Firma zeitlich in größte Nähe der faschistischen Lahusen gekommen ist.

Gewiß, von der habnebenen Unehrllichkeit und Verschwendung, die bei den Lahusen den Bankrott verursacht haben, kann bei Borsig nicht die Rede sein, aber es will uns scheinen, daß es der bisherigen Leitung in Sachen geschäftlicher Tüchtigkeit erheblich gemangelt hat. Eine wirtschaftliche Schrumpfung, wie sie die deutsche Wirtschaft zur Zeit durchmacht, hätte zum Zusammenzug des vielverzweigten Geschäftes führen müssen. In einer so wildbewegten Zeit, wie der jetzigen, müssen die Geschäfte am ersten das Zeitliche segnen, denen es an Elastizität des Geistes und der geschäftlichen Tüchtigkeit mangelt. Die beiden Unerläßlichkeiten sind nicht zu ersetzen durch Anlagen gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialpolitik oder durch sozialreaktionäres Flötenspiel, auch nicht durch staatliche Subventionen.

Die verkleinerte Lohntüte

Die ersten Lohnzahlungen im Jahre 1932 werden für die Arbeiterschaft eine bittere Enttäuschung sein. Der Inhalt der Lohntüten ist wiederum um ein beträchtliches geringer geworden. Damit hat sich auch die gesamte Lebenshaltung verschlechtert. Der Arbeiter, Angestellte und Beamte vermag von den Kulturgütern noch weniger als bisher aufzunehmen, ja er muß froh sein, sein nacktes Leben fristen zu können. Es gehört eine riesengroße Geduld dazu, solche harten Einschränkungen ruhig hinzunehmen. Man bedenke, welche Entbehrungen die deutsche Arbeiterschaft in den letzten 17 Jahren über sich ergehen lassen mußte! Kaum gelang es, den Lebensstand der deutschen Bevölkerung für einige Jahre auf einer annehmbaren Höhe zu stabilisieren, da tritt dieser gewaltige Rückschlag ein, der den Lebensstandard mit einem Schlage auf den vor fünf bis sieben Jahren heruntersetzt.

Seit dem Erlaß der letzten Notverordnung hat in den Gewerkschaften wie bei den Schlichtungsbehörden Hochkonjunktur geherrscht. Rund 9000 Lohnstarife, die in jahrelanger mühsamer Arbeit festgelegt wurden, mußten im Zeitraum von wenigen Wochen umgestellt und deren Lohntafeln auf den Stand von Anfang 1927 zurückgebracht werden. In Wirklichkeit ist durch die große Lohn- und Gehaltskürzung das Einkommen der

Aus dem Inhalt

Der Ausweg — Der letzte Borsig — Die verkleinerte Lohntüte	13
Klöckner nach der Rationalisierung	14
Auf die leichte Achsel — Das Leben der Maria Szameitai	15
Der neueste „Erfolg“ der RGO — Christliche Mitgliederangelei — Vom Vorstand — Überbrückung der Kluff	16
Krieg in der Mandschurei — Eine Stadt stirbt	17
Geheimniskrämerie bei der Krisenunterstützung — Die Frau in der Notverordnung	18

Arbeiter nicht auf den Stand von 1927, sondern von 1925 reduziert worden.

Rufen wir uns die Verhältnisse von damals ins Gedächtnis zurück, so werden wir finden, daß nach den Lohnerhöhungen von 1925 ein Jahr lohnpolitischer Ruhe folgte und erst von Anfang 1927 ab ein Aufstieg in der Lohnhöhe zu verzeichnen war.

Der bessere Lohn nach 1927 war nur ein Anteil der arbeitenden Klasse an dem Aufstieg der deutschen Wirtschaft und ein Ausgleich für die Opfer, die sie für die Rationalisierung gebracht hätte.

Das Konjunkturinstitut berechnet die gesamte Herabsetzung der Tariflöhne seit dem Höhepunkt im Jahre 1930 zwischen 16 und 21 vH. Rechnet man die Überverdienste hinzu und berücksichtigt man die Kurzarbeit, so kommt man seit dem Höchststande von 1929/30 auf eine Einkommensverminderung von 25 bis 35 vH.

Die Reichsregierung, die diesen Abbau der Löhne durch einen gesetzlichen Akt ermöglichte, ist für das fernere Schicksal der deutschen arbeitenden Bevölkerung verantwortlich. In ihrem Kommentar zur Notverordnung nimmt sie darauf Bezug, daß die Lebenshaltungskosten sich verminderten und trotz den Lohnsenkungen der Reallohn mehr oder weniger erhalten bleiben müsse.

Ob die Preissenkungen im Laufe der nächsten Wochen den Löhnen folgen werden, werden wir später feststellen haben. Im Augenblick kann jedenfalls keine noch so gute Beweisführung die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten dazu verurteilt sind, mit noch kleineren Einkommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Dennoch gilt es die Nerven zu behalten. Sind die 9000 Tarifverträge wieder unter Dach und Fach gebracht, so wird für einige Monate eine gewisse lohnpolitische Ruhe eintreten. Die Tarifverträge sind meistens bis zum 30. April 1932 befristet.

Das Jahr der höchsten Konkursziffern

Im Jahre 1931 wurden in Deutschland 13599 Konkurse und 8499 Vergleichsverfahren eingeleitet. In den Jahren 1929 und 1930 betrug die Konkursziffer 9846 und 11340, und die Ziffer der Vergleichsverfahren 4893 und 7062.

Wenn man diese geschäftlichen Zusammenbrüche richtig werten will, muß man daran denken, daß das Jahr 1931 das größte Krisenjahr seit Jahrzehnten war und ferner in Berücksichtigung erziehen, daß die deutsche Wirtschaft in all ihren Zweigen von Geschäftsunternehmen übersetzt ist.

Klöckner nach der Rationalisierung

Von Julius Fries

„Ein großer Aufwand, schmähhlich ist vertan.“

Der Klöckner-Konzern stellt in seinem neuesten Bericht über das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 mit angeleglicher Genugtuung fest, daß die planmäßig durchgeführte Rationalisierung die erwartete Ermäßigung der Unkosten gebracht habe.

Die Verwaltung gibt zu, daß diese Ausgaben durch Abschreibungen zum größten Teil bereits gedeckt sind, daß also diese ungeheuerlichen Rationalisierungskosten durch Selbstfinanzierung erfolgten.

Der diesjährige Abschluß erbringt erstmalig einen Verlust von 378 000 M, der aber aus dem Gewinnvortrag des Vorjahres, der 383 000 M betrug, gedeckt wird.

Gewaltsame Einschränkungen mußte in erster Linie die Belegschaft erdulden. Die Zahl der Beschäftigten betrug am 30. Juni 1931 19 103 gegen 23 673 am Bilanzstichtage des Vorjahres.

Ausführlich äußert sich der Bericht über den Rückgang der Produktion in Kohle, Nebenprodukten und den Produktionsrückgang der Hüttenwerke.

reichender Facharbeiterstamm erhalten bleiben. Sozialpolitisch gewahre ein solches System einer größeren Anzahl von Personen für eine bestimmte Zeit den so notwendigen Vollverdienst und während der Zeit des Aussetzens eine, wenn auch um die Hälfte geminderte Unterstützung.

Die Werksparkassen in Gefahr

Die in Deutschland bestehenden Werksparkassen sind nicht allzu zahlreich. Nur große Unternehmen sind es, die eine solche Einrichtung getroffen haben.

So bringt die Krise Klarheit über Dinge, die sonst wenig beachtet wurden. Eine Zeitlang hat die Idee der kapitalmäßigen Beteiligung der Arbeiter an den Unternehmen in Gestalt von Arbeiteraktien usw. eine große Rolle gespielt.

Am besten würde es aber sein, die Werksparkassen aufzulösen, denn sie waren neben den Betriebskrankenkassen, den Werkwohnbezügen, den Pensionskassen usw. Einrichtungen zum Nutzen der Unternehmer.

Vorteile und Nachteile des Krümpersystems

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland wendet sich an die Verbände der Unternehmer und Arbeiter, an die Industrie- und Handelskammern sowie an die Handwerkskammern seines Bezirks mit der Bitte, das Krümpersystem zur Entlastung des Arbeitsmarktes in Erwägung zu ziehen.

bestellen. Aufträge öffentlicher Betriebe fehlen fast ganz auch die Reichsbahn schränkt ihre Bezüge in Kohlen und Eisen immer mehr ein.

Daß die Folgen dieses Absatzrückganges in erster Linie auf die Belegschaft abgewälzt wurden, sagt der Bericht mit den nüchternen Worten: „In einem diesem Absatzrückgang entsprechenden Ausmaße wurden weitere Entlassungen vorgenommen und Feierschichten eingelegt.“

Für die Ruhrzechen-Belegschaften findet sich wie im Vorjahre die Feststellung, daß sich der durchschnittliche Schichtlohn von 7,54 im Juli 1926 auf 8,51 im Juni 1931 — also um 12,9 vH — erhöht habe, während der Lebenshaltungsinde in der gleichen Zeit nur um 3,2 vH gestiegen sei.

Die Beteiligungen werden fast gleich hoch wie im Vorjahre mit 22,8 Millionen M ausgewiesen. Die Humboldt-Deutzmotoren AG (die im Vorjahre erfolgte Zusammenfassung der drei Gesellschaften Humboldt, Deutz und Oberursel) legt ihren ersten Jahresbericht vor.

Dieser Bericht enthält neben einigen Angaben über die einzelnen Zweige der Produktion auch Angaben über den Umsatz. Die Verwaltung hat sich hier sprachschöpferisch betätigt und wählt die merkwürdige Bezeichnung von „Ausbringen der Werke“ das 69,5 Millionen gegen 88,1 Millionen bei den drei Werken im Vorjahre betragen hat.

Erfreulicherweise ist dieser Bericht frei von Angriffen gegen die Belegschaften, doch wird hier beim Ausblick in das neue Geschäftsjahr, der beim Hauptbericht völlig fehlt, obwohl schon fast ein halbes Jahr seit dem Abschlußtage verflossen ist, erneut von der Erstarrung vieler Kostenelemente, insbesondere der Steuern, Löhne und sozialen Auflagen, gesprochen, die dem unbedingt notwendigen Abbau sperrend im Wege stünden.

Bücherkreis setzt Verkaufspreise herab

Unser Verlag Der Bücherkreis GmbH hat die Buchhandelspreise seiner sämtlichen Werke von 4,80 auf 4,30 M herabgesetzt.

Die Durchführung bedarf einer vorherigen Vereinbarung zwischen Werksleitung und Betriebsvertretung, nach der in regelmäßigem Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend die Arbeit aussetzt. Dabei soll der Wechsel in der Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitabschnitten erfolgen.

Berichtigung

In Nr. 1 unserer Zeitung brachten wir einen Artikel über Sozialversicherung in der Notverordnung. Dazu ist eine Richtigstellung erforderlich. Im Abschnitt „Invalidenversicherung“ wird im zweiten Absatz gesagt, daß Witwenrente entzogen wird, und zwar den Witwen, deren Mann vor dem 1. Januar 1932 Rente bezogen hat oder gestorben ist.



Familie und Heim



Auf die leichte Achsel . . .

„Kellner, zahlen!“ rief ich neulich in einer kleinen Gastwirtschaft, in die ich auf einem Ausflug eingekehrt war. „Fräulein“, sagte der Kellner, nachdem er mich länger in Augenschein genommen hatte, als zum Empfang seiner sechsunddreißig Pfennig unbedingt nötig gewesen wäre. „Sie sehen unserer verstorbenen Wirtin so ähnlich, wie aus der Pistole geschossen!“ Fluchtartig verließ ich das Lokal. Ich bin eitel genug, um anzunehmen, die Worte seien als Kompliment gemeint gewesen, und halte es für ausgeschlossen, daß die Wirtin, der ich so auffallend gleichen sollte, häßlich gewesen war. Was mich aber so ganz besonders erschütterte, war die sprachliche Form des Kompliments. „Ähnlich wie ein Ei dem anderen“, meinetwegen auch „wie ein Wassertropfen dem anderen“, das kann man sagen — so überlegte ich, während ich in die Stadt zurückfuhr; aber „wie aus der Pistole geschossen“ kann doch allemal nur ein Gleichnis für die Plötzlichkeit eines Vorgangs sein!

Ich war abends eingeladen, also in Eile, zumal, da ich mir noch ein Paar Strümpfe kaufen mußte. Die Verkäuferin war rührend bemüht, meine Wünsche zu erfüllen. Schließlich hielt sie mir ein Wunderwerk an Gewebe und Farbe unter die Nase mit dem Triumphgeschrei: „Nehmt die hier, das ist fast das Neueste auf dem Gebiete der Jetztzeit!“ — Ich traute meinen Ohren nicht. „Das Neueste auf dem Gebiete der Jetztzeit?“ War sie verrückt, oder war ich verrückt? „Ähnlich wie aus der Pistole geschossen?“ Offenbar war eine Epidemie ausgebrochen. Eine Art Sprachirrsinn.

Aber es sollte noch besser kommen. Ich war abends zu Freunden gebeten. Bei Tisch saß ein Mediziner neben mir, und, wie man schon so ist, man benutzt die Gelegenheit zu einer Gratiskonsultation und spricht von seinen Leiden. So tat auch ich und gab eine überaus packende Schilderung meiner sehr schmerzhaften Beschwerden. Da sagte doch dieser Herr Doktor — ich bitte Sie, ein Akademiker, ein Studierter! — zu mir: „Nehmen Sie Ihre Gallenblase ja nicht auf die leichte Achsel!“ Zunächst rang ich stumm nach Luft. Dann aber gab ich zur

Antwort: „Das müßten Sie mir mit Ihrer eigenen Gallenblase auch erst einmal vormachen, Herr Sanitätsrat!“ Er lachte, ich lachte, aber ich sagte zugleich zu mir selbst: Bestimmt eine Epidemie, die alle Klassen der Gesellschaft gleichmäßig ergriffen hat!

Wir haben uns dann noch sehr gut unterhalten, der Doktor und ich. Zum Schlusse versicherte er mir sogar, ich hätte einen „hervorragenden Eindruck“ auf ihn gemacht. So was hört man — von dem Eindruck — immer mal wieder gern, wenn man eine Frau ist. Aber ich weiß nicht, was an diesem Abend in mich gefahren war: Ich konnte nicht anders, ich mußte ihm antworten: „Kann ein Eindruck eigentlich hervorragen?“ — „Ach“, sagte er etwas abgekühlt, „mit Ihnen kann man nicht reden! Aber warten Sie, ich schaffe mir jetzt Leppmanns ‚Tausend Worte Deutsch‘ an und hoffe bestimmt, Ihnen beim nächsten Mal auch diesbezüglich zu gefallen.“ Damit verabschiedete er sich von mir. Das „diesbezüglich“ gab mir einen neuen Stich — oder wollte er mich bloß necken? —, und so rief ich ihm nach: „Tun Sie es; Sie haben es nötig!“

Mir aber war ein Licht aufgegangen: Dieses Buch, die „Tausend Worte Deutsch“, der „Sprachführer für Nachdenkliche“, war mir neulich in die Hände gefallen und hatte mich nicht losgelassen. Es ist im Text und in den ulkigen Bildern von Schaefer-Ast so amüsant, so das Gegenteil von ledern und schulmeisterlich und vor allem auch so notwendig! Ist doch heute mehr als je die Bemeisterung des Ausdrucks eine gute Waffe im Kampf ums Dasein, im Kampf um Arbeit. Ich kann mir durchaus Betriebe denken, deren Personalchef von zwei Bewerbern demjenigen den Vorzug gibt, der über den Unterschied zwischen „mir“ und „mich“ Bescheid weiß und Worte und Wendungen wie „meines Erachtens nach“ oder „konform gehen“ oder „meistens immer“ oder „diesbezüglich“ vermeidet.

Wie gesagt, mir war plötzlich verschiedenes klar. Es war nichts mit der Epidemie. Die Leute sprachen nicht besser und nicht schlechter als sonst. Ich war verändert. Mein Sprachgewissen war wach geworden, mein Sinn geschärft, mein Ohr aufgetan. Und seit der Zeit ist es mir vollkommen unmöglich, ich bekomme es einfach nicht mehr fertig, diesbezügliche aus der Pistole geschossene hervorragende Eindrücke auf die leichte Achsel zu nehmen. Hilde Walter.

halten. Wieder Ohnmachtsnähe. Wenn nur dieser Brand im Leibe nicht wäre! Schwarzblauer Schleier vor den Augen, saust vorüber, grün und rot sprüht es darin auf. Ohrensäusen, das Blut klopft in den Schläfen, die Beine drohen, zusammenzuknicken.

Zähne aufeinander. Marie bezwingt es. Drüben die 88, Marie winkt dem Schaffner. Die Straßenbahn wartet. Marie schwankt über den Fahrdamm. Der verwunderte Schaffner hilft Marie in den Wagen. „Wat is'n, Jotteswillen, wat habense?“ Marie beruhigt mit verlegenem Lächeln: „Mir ist eben schlecht geworden, geht schon vorbei, will nur schnell nach Haus, geht dann schon vorbei.“

Merkwürdig, trotz desfahrens scheint der Schmerz etwas nachzulassen. Der Schaffner beruhigt: „Na sehne, wird schon wieder, tja, wie sowat enen ankommen kann heutzutage, kommt allens von der Ernährung, wissense, die richtige Rejerierung fehlt, sag ich Ihnen, die richtige Rejerierung, da liegt det Häseken im Pfeffer, jloo'm Se mir.“

Er hilft Marie absteigen. Es geht. Marie kommt gut über die Straße. Dann wieder ein Bohren, langsam, tückisch, stärker, immer rasender kreisend. Marie muß sich an einer Plakatsäule stützen. Seltsam, seltsam, über Mariens Kopf schreit schwarz auf rotem Plakat die Vortragsankündigung: „Hat Christus gelebt? — Vortrag von Ferdinand Piechowiak. Freier Eintritt! Freie Diskussion! Erscheint in Massen!“ Kinder sammeln sich schon um Marie an. Aus einer Seitenstraße Paukenschläge und Posaunenschmettern, ein Demonstrationzug mit roten Fahnen zieht vorüber. „Hoch — Nieder — Hoch — Nieder — Hoch — Nieder!“, ein Transparent: „Fort mit dem Rotfrontverbot! Heraus mit den politischen Gefangenen!“, „Hochniederhochnieder!“, ist vorbei. Wie jetzt wieder der Schmerz. Marie probiert einen Schritt. Es geht wieder. Marie faßt alle Kräfte zusammen. Es gelingt. Aber der Leib krümmt sich unter jedem Schritt wie unter messerscharf zupackender Zange. So kommt sie nach Hause. Und fällt auf ihr Bett.

Stumme Fragen in den Augen, stehen die Kinder vor dem Bett. Marie versucht zu lächeln. „Ist mir nur schlecht geworden. Geht wieder vorbei. Trude, du mußt allein das Essen machen. Miez, du kannst den Tisch decken, und du, Gerd, mußt heruntergehen, kannst Fritz mitnehmen.“ Und Marie zählt Gerd auf, was er einholen soll, läßt sich die Handtasche geben und gibt Gerd Geld. Und schickt die Kinder nun aus der Stube. Sie muß jetzt nachdenken. Sie will jetzt nachdenken. Was muß sie nun tun? Es ist schwer, nachzudenken, sehr schwer, Gedanken zu fassen. Jetzt wieder der Schmerz, der furchtbare Schmerz. Marie fällt in Ohnmacht. Schlaf wird daraus. Marie schläft. Seltsam! Doch Marie schläft.

Nach Stunden erst erwacht sie. Erschrickt, denn sie weiß ja nicht, was nun geschehen soll. Ihre Gedanken finden keine Klarheit, keine Klarheit. Marie liegt da und stiert die weiße Decke über sich an und sucht und findet nicht. So vergehen Stunden. Die Kinder wagen nicht, zu stören. Ab und zu öffnet vorsichtig und leise Trude die Tür, sieht hinein und schließt wieder leise und behutsam.

Endlich klären sich die wirren Gedanken, vereinigen sich zu einem phantastischen Plan, verböhnen sich in die unsinnige Idee und lassen sie nicht mehr frei. Marie ist von der Idee besessen. Marie wird die Idee ausführen. Mariens armer verwirrter Geist hält sie für gut. Marie lächelt. Das noch, und dann wird sie frei sein, befreit und erlöst.

Es wird schon dunkel. Um so besser. Das erleichtert vieles und verringert die Gefahr. Marie braucht Dunkel für den Gang, den sie vorhat. Dunkel ist Schutz und Sicherheit. Das ist gut für das, was nun noch zu tun bleibt. Das getan werden muß. Dann wird Marie gerettet sein.

Schwer hebt sie sich hoch. Mühsam steht sie auf. Wieder dies Bohren, dies Kreisen, es ist Zeit, Marie muß sich eilen. Angst verwirrt. Marie greift den Mantel, vergißt den Hut, aber sucht ein Tuch aus dem Schrank, rollt es zusammen und stopft es in die Manteltasche.

Jetzt geht Marie zu den Kindern. Die sehen angstvoll und durch ihre Unwissenheit bedrückt die Mutter an. Marie lächelt ihnen zu, geheimnisvoll und verheißungsstark.

Sie sagt, daß sie noch fortgehen muß, daß sie vielleicht erst spät in der Nacht zurückkommt, daß ihr Gang für sie alle gut ist und notwendig, und daß es so sein muß.

Dann ermahnt sie Trude, auf die Geschwister aufzupassen, ihnen Abendbrot zu machen und auch die Tür fest hinter ihr zu verschließen.

„Seid brav und geht sofort nach dem Essen schlafen, hört ihr. Und morgen ist alles wieder gut. Morgen werde ich euch wecken. Und dann werden wir alle wieder froh sein. Sehr, sehr froh!“

Nun schwankt sie zur Tür. Doch auf halbem Wege dreht Marie plötzlich um, geht zurück zu den verwunderten, noch immer ratlosen Kindern, küßt Trude, dann Gerd, jetzt Mieke und hebt nun, so schwer es ihr wird, den kleinen Fritz hoch und küßt ihn lange und innig.

Und wendet sich jäh und flieht hastig durch die Tür und die Treppe hinunter.

Letzte qualvolle Last abzuwerfen, um dann befreit zu sein und stark wie früher zu marschieren und zu siegen.

Dunkel der Straße, die nur spärlich von rauschend flackernden Gaslampen erhellt ist, schlägt über Marie zusammen.

Im Gehirn sitzt und befehlt die Idee wie der kreisende Schmerz im Leibe. Die Idee und der Schmerz — alles andere ist verschollen. Nur das ist:

Sitzt hinter den Schläfen, hockt in den Augen, nimmt alle Klarheit und Überlegung; das allein befehlt in der grauenvollen Leere in Hirn und Herz, kommandiert den Beinen Hoh-Ruck! Hoh-Ruck!, den armen Beinen, die immer einknicken wollen, das reißt auf und vorwärts den brennenden Leib, der sich immer krümmen will unter der entsetzlichen Kreissäge, das hetzt und pfaucht wie die furchtbare Frau und peitscht immer hoch, wenn die Wollust nahender Ohnmacht verführen will. Das rammt im Herzen wie ein Dampfhammer, hämmert hinter den Schläfen wie ein Dutzend Niethämmer, saust in den Ohren wie ein gigantischer Propeller, heult aus den Augen wie eine Fabriksirene: In den Wald, in den Wald! Und dann aufatmen, es hinter sich haben. Endlich Ruhe haben. Und erlöst sein!

Marie will in den Grunewald. Sonderbar, wie der Gedanke gekommen ist. Jäh in all der Leere ist das aufgefunden: eine Zeitungsnotiz, vor Jahren achtlos überflogen; Mitteilung, daß ein ausgesetztes totes, vorzeitig geborenes Kind in einem Grunewaldgestrüpp gefunden worden ist.

Gütiger Wink, daß dies plötzlich und ungerufen vor den Augen steht. Und Marie von aller Suchqual befreit.

Das ist der Ausweg, das ist die Rettung. So ist es gut, so ist es richtig. Was bleibt denn sonst? Zu Hause sind die Kinder. Wo also sonst? Marie hat ein Ziel. Sie hetzt durch die Straßen, phantastisch buntlichtübergossene Schaufenster entlang, vorüber an grell plakatierten, in Weißlicht gebadeten Kinopalästen, an vorlauten Biergärten vorbei, durch die Brandungswelle einer hysterisch von einer Café-Terrasse die Straße überspritzenden Jazz, mitten durch Knäuelwirmis von Menschenleibern, geschoben, gestoßen, vorwärts, vorwärts, ohne Empfindung in Augen und Ohren.

(Wird fortgesetzt.)

Aus Sachsen / Von Walter Appelt

Heidelbeeren

Dahch!

— Dahch, — Sie wünschen?

Was kosdn de Heedelbeern?

— S schdeht doch dran.

Ja, awr unfollschdändig.

— Wieso denn? Was solln mr denn da noch ranschreim?

Richdj dn Breis.

— Unn was hamm denn mier dranschdehn?

Enne Zahl. Enne fimfzwanzj.

— Na also.

Was denn: na also. Da weef ich sofiel wie erscht.

— Da sinn Sie awer dr erschde, der das nich kabbiert. Die andern hamm alle ferschdanden. Was kann denn das weider heeßen als wie: fimfzwanzj Fenge?

Das weef ich ooch. Awr fr was die fimfzwanzj Fenge gelden, das weef ich nich.

— Nu, fr de Heedelbeern.

Ja doch, — awr kost nu da dr Lidder fimfzwanzj Fenge oder s Fund oder s Schdick?

— Sie sinn guhd. Seit wenn gehdn das nachn Lidder?

Warum dn nich? Gesdern habbich een halm Lidder Himbeersaft koofen wolln, da hamm Se gesagt, das ging nachn Fund. Ähmsoguhd kanns doch beim Heedelbeern umgekehrt sinn. Unn fonwegen Schdick — Sie, da bin ich vorgedern in ä Geschäfft, wo solche eingewickelde Abbel in Fensder lagen, in Seidenbabbier, unn da schdand dran: fuffzj Fenge. Nadierlich habbich gedacht, die meen ä Fund, unn hobb ä Fund ferlangt. Was glaum Su, was die gekost hamm? Iewr zwee Mark. Der Breis hadde nämlich frs Schdick gegolden, weil das enne besondere Sordre sinn sollde. Ich gloobe schbanische. Seiddem bin ich vorschidjger geworden, unn frag immer erscht.

— Awr eene eensje Heedelbeere kann doch unmeeglich fimfzwanzj Fenge kosden.

Ach, sagen Se das nich! Heidzudage muß mr off alles gefaßt sinn. Denken Sie filleicht, die Abbeln warn sowas Besondres?

Keene Schbur! Unn schließlich kennden das doch ooch schbanische Heedelbeern sinn . . .

— Nu, ich will ihn' mal was sagen: wenn das so wär, unn Sie hädden recht, unn ich mißde jedes Fund Heedelbeern eenseln abzählen unn ooch noch weign, — da wär das filleicht ä ganz angemessner Breis.

Sehn Se, so seid ihr Geschäftsleidel! Off eomal is ihn' der Gedanke gar nicht so unsimmbahdich. Da kann ich ja under Umschdänden was Scheenes angericht' ham mit meiner Frage . . .

Geduldprobe eines ehrlichen Finders

Die Leute, die einen wirklichen Wertgegenstand finden und ihn auf der amtlich dafür bestimmten Stelle abgeben, werden immer seltener. Da hat sich denn — es sind jetzt drei Jahre her — in Amsterdam der Fall zugetragen, daß ein alter Hausdiener bei einem Spaziergang durch den Park der Altstadt, den Vondelpark, ein Paketchen gefunden hat, das die Summe von 1400 holländischen Gulden in schönen echten Banknoten enthielt. Er war ein ehrlicher Mann und trug seinen Fund brav und ordentlich zur Polizei. Natürlich gab er sich der angenehmen Hoffnung hin, daß seine Ehrlichkeit nicht unbelohnt bleiben würde. Aber nichts geschah, denn, so ungläubwürdig es klingen mag, der Verlierer dieses kostbaren Paketchens stellte weder am gleichen Tage noch an den folgenden Nachforschungen bei der Polizei an, noch machte er sich überhaupt irgendwie bemerkbar. Der ehrliche Finder mußte sich in Geduld fassen.

Jetzt sind drei Jahre vergangen. Nach drei Jahren gehen nach holländischem Gesetz gefundene Gegenstände, deren Besitzer sich nicht gemeldet hat, in das Eigentum des Finders über. Unser Hausdiener hoffte, daß seine Ehrlichkeit nun reichen Lohn tragen würde. Aber neue Schwierigkeiten stellten sich ein. Die Stadt Amsterdam wollte sich von diesem reichen Fund nicht gern so ohne weiteres trennen und machte von dem Recht Gebrauch, daß in besonderen Fällen Fundstücke länger als drei Jahre bis zu 30 Jahren liegen bleiben können. Der Finder ist nicht mehr jung und seine Enttäuschung war groß. Zuletzt hat man nun doch ein Einsehen gehabt, daß es für die Erziehung zur Ehrlichkeit besser ist, wenn man dem Manne jetzt das Geld aushändigt.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XL

Das Entsetzliche ist geschehen. Entsetzliches steht vor Marie. Vor ihr steht die Frau, eben noch kühl, geschäftsmäßig ruhig und gelassen, jetzt nackengeduckte, tückisch blitzende Hyäne, Pfauchen, nicht Schrei und nicht Brüllen, nur dieses furchtbare Pfauchen.

„So is det also, so eene sindse! Verflucht Aas, du! Zweemal in vier Wochen mir passiert, und nu det die dritte! Verdammt Beest, du! Mir eensch anzeschwindeln, mir einfach wat vormachen. Na nu wartense mal! Ihn jeb ick't noch! Ihnen wer' ick't nochmal jeben, Ihn —“

Wutverzerrt steht sie vor Marie, pfaucht ihr ins Gesicht, spuckt ihr ins Gesicht in Mariens verkrampftes, zerquältes, zuckendes wachsgelbes Gesicht.

Marie preßt die Augenlider zusammen, ihre schütternden Hände zucken hoch, breiten sich über das ganze Gesicht: Nur nicht das sehen! Nur nicht sehen! Dieses entsetzliche, wutentstellte, kreiweißte, geifernde, blutlose Hyänengesicht! Nur nicht daran denken! Woran denken? Wohin entrennen? Schlimm, schlimm! Diese furchtbaren Schmerzen, dieses irr-sinnige Bohren im Leibe, dieses schneidende Kreisen, dieser beißende Brand, dieses kreisende Stechen!

Die Frau rüttelt Marie. Hat Mariens Schultern gepackt, reißt sie hoch. Marie stöhnt auf, Krampf treibt die Zähne aufeinander. Hilflos wimmert Marie. „Nicht — nicht — bitte — hoo — hu —“

Marie droht in Ohnmacht zu fallen. Die Frau rüttelt wieder Mariens Leib wie eine verschlossene Tür, stemmt mit einem Messer Mariens Zähne auseinander, gießt Wasser mit irgendwelchen Tropfen gemischt in Mariens Mund. Rüttelt wieder, pfaucht, rüttelt, pfaucht, rüttelt, pfaucht.

Endlich erholt sich Marie soweit, daß sie bei Bewußtsein

bleibt. Aber noch immer dieser verfluchte Brand, noch immer dieses bohrende Kreisen, noch immer — Marie versucht angstvollen, hilflosen, flehenden Blick aufwärts, flieht aber wieder vor diesem Wutblick, vor diesem Pfauchen.

„Na, wenn ick det nur jeahnt hätte. Nich über de Schwelle jekomm' wärensse mir, nich in de Hand, verstehsne. Sone Jemeinheit, sone Jemeinheit, Jotte nee! Na, Ihn wer'ck nochmal Bescheid jeben, wenn allent vorbei is! Nee, sowat, dreimal nu in vier Wochen!“

Langsam, mühsam hebt sich Marie auf. Es gelingt. Lauernd sieht die Frau zu, beruhigt sich nun, atmet auf:

„Na, t'scheint wenigstens noch jut jejangen zu sind. Nu aber rin, hier in Ihre Klamotten. rin. Un' denn aber dalli, raus aus'm Haus, verstehsne. Un' sehnsse zu, wo se det nu loswer'n! Sehnsse man nur zu, wo se det abladen! Un' det Sie mir dichterhalten, verstehsne! Dadruft jibts een paar Jahre, wissense, damit komm'se man nich mit sone paar Wochen un' Bewährungsfrist wech, nee, damit nich. Un' wennsse mir rinlejen, denn blüht Ihn noch wat. Für später, sag ich Ihn. Komm ja wiedermal raus aus'm Jefangnis. Un' denn dreh'ck Ihn'n Hals um, da könne Jift druff nehm', wennsse mir rinlejen. So, fertig sind Se, un' nu raus, verstehsne.“

Was soll das alles! Marie ist so in Gleichgültigkeit erstarrt, daß alle Worte an ihr abprallen wie an grauem Marmor. Nur dieser Schmerz, dieses verdammte Bohren, wenn das nur nicht wäre! Alles sogst ist ja so gleichgültig! Gut nur, daß es vorbei ist. Ein Trost wenigstens, daß es vorbei ist. Und der Schmerz, dies verfluchte Kreisen wird auch vergehen. Wie das vergangen ist, wie alles vergeht.

Marie schwankt durch die Stuben, schwimmt durch die Türöffnung, taumelt über den Hof. Am Tor muß Marie sich fest-



Verbandsleben



Der neueste „Erfolg“ der RGO

Die Kräfte nicht in aussichtslosen Aktionen verpuffen!

In den ersten Januartagen traten die durch die letzte Notverordnung bewirkten Lohnkürzungen in Kraft. Diese Gelegenheit glaubte die Kommunistische Partei probat für einen neuen Erfolg ihrer revolutionären Gewerkschaftsopposition auszunutzen zu können. Große Erfolge müssen natürlich vorbereitet werden. Wie das zu geschehen habe, wurde den Getreuen in einer „Besonderen Mitteilung“ am 14. Dezember eingeleut.

In dieser „Besonderen Mitteilung“, betitelt: „Wie machen wir die Betriebe streikfertig? wird betont: „Wir müssen es fertig bringen, in der größeren Anzahl der Betriebe am Dienstagmorgen (5. Januar 1932) den Streik auszulösen.“ Es ist klar, daß der Beschluß bereits am Montag gefaßt sein muß.“ In der „Mitteilung“ wird nochmals gesagt, daß die Arbeiter gegen den Lohnabbau mobilisiert werden sollten. Daß dies nur ein Vorwand war, wird man beim Weiterlesen der „Mitteilung“ gewahr. Denn darin heißt es weiter: „In dieser Situation ist der Hauptschlag gegen die Führer des ADGB zu führen... Wir müssen den Arbeitern jetzt beweisen, daß die Führer des ADGB nicht nur den Lohnabbau unterstützen, sondern schon durchaus zur faschistischen Front gehören.“

Nachdem so die Getreuen wissen, was die Hauptsache dieser Aktion zu sein hat, wird dargelegt, wie sie eingeleitet werden muß. Der wichtigste Schritt sollte sein, in jeder Betriebsabteilung Protestbeschlüsse zu fassen. „Die Protestbeschlüsse müssen gegen die ADGB- und SPD-Politik Stellung nehmen.“ Es geht also auch aus diesem Satz der „Mitteilung“ klar hervor, daß die Aktion nur als Vorwand gegen den Lohnabbau gemacht wurde, der Hauptzweck, wenn nicht der einzige, war, die Arbeiter gegen die freien Gewerkschaften und die SPD aufzuputschen.

Nach einer solchen Vorbereitung der großen Aktion „gegen die Führer des ADGB“, konnte man auf ihren Ausgang füglich gespannt sein. Man fragte mit Recht, wieviel Proleten sich wohl diesmal noch von der RGO dumm machen lassen würden. Es sind noch viel weniger geworden, als wir glaubten voraussehen zu können. Hieran trägt zweifelsohne der außergewöhnlich plumpe Schwindel bei, die ADGB-Führer gehörten „schon durchaus zur faschistischen Front“. Die tollhässliche Albernheit von den ADGB-Führern hat bei den kommunistischen Proleten wie eine Beleidigung ihrer Intelligenz gewirkt — und als eine Offenbarung. Denn nun wurde ihnen ganz klar, daß die Aktion gegen den Lohnabbau nur Spiegelfechterei war, ein glattes Parteigeschäftchen wollte man mit der Empörung der Arbeiter über den Lohnraub machen. Sie verhielten sich daher allgemein „reserviert“.

Nach der kommunistischen Presse war es allerdings ganz anders. Nach ihr zu urteilen, hatte sich das ganze Proletariat der glorreichen Führung der RGO unterstellt. Diesen Eindruck machte die KPD-Presse besonders von der Berliner Metallindustrie. In einigen großen Werken sollten sozusagen alle Betriebsabteilungen wahre Meisterleistungen in kommunistischer Streikgymnastik bieten. Die Betriebsräte der von der Roten Fahne bezeichneten Werksabteilungen waren selber überrascht, was sich bei ihnen alles zugetragen haben sollte. Sie liefen vergeblich in ihren Abteilungen herum, um Beweise für die so laut verkündete revolutionäre Entschlossenheit der Belegschaft zu finden. Sie fanden selbst kommunistische Betriebsräte an ihrem Platze, soweit sie sich nicht hatten — krankgeschrieben lassen.

Im Ruhrgebiet ist es zu einigen kleinen Teilstreiks gekommen. Sie sind indessen bald wieder abgebrochen worden. Die große Streikfertigmachung ist demnach auch jetzt wieder umsonst gewesen. Die Arbeiter haben, man kann sagen, durch die Bank den kommunistischen Parolen taube Ohren gezeigt. Was leicht zu erklären ist. Allgemein sind es die Arbeiter inne geworden, daß die Manöver der Kommunisten nicht den Interessen der Arbeiter dienen, sondern nur der Schwächung der freien Gewerkschaften, also der Vernichtung des einzigen Schutzes der Arbeiter gegen Lohnraub und andre Anschläge. Diese Erkenntnis hat die Arbeiter im ganzen Reich bestimmt, der kommunistischen Aktion die Rückseite zuzuwenden. Sie wollen sich nun einmal nicht mehr für die kommunistische Geschäftspolitik mißbrauchen lassen.

Der grandiose „Erfolg“ der RGO darf aber nicht zu der Annahme verleiten, die Masse der Arbeiter habe sich mit dem Lohnabbau und den anderen Verschlechterungen, die die Notverordnung bringt, stillschweigend abgefunden. Eine solche Annahme entspräche ganz bestimmt nicht der Tatsache. Die Empörung über den Lohnraub ist in allen Lagern der Arbeiterschaft ganz gewaltig. Die Verantwortlichen dieses Lohnabbaus sollten sich einmal in einer Betriebsversammlung bemerkbar machen. Sie würden da garstige Viertelstunden erleben.

Wenn die Empörung nicht in entsprechenden Taten zum Ausdruck kommt, so weiß jeder einigermaßen denkende Arbeiter sehr wohl, warum dies unterbleibt. Und er kann auch überzeugt sein, daß, wenn sich irgend eine Möglichkeit des Erfolges anbahnt, die Gewerkschaftsleitungen nicht zögern werden, sie zu nutzen. Hauptsache ist und bleibt, die Kräfte zusammenzuhalten und sie nicht in Handlungen zu vergeuden, wenn sich jeder bei etwas Überlegung sagen muß, daß sie zwecklos sind. Die Kräfte zusammenhalten — wir werden sie bald, vielleicht eher als mancher denkt, zu gebrauchen haben.

Christliche Mitgliederangelei

Von der Wasserkante wird uns geschrieben: Statt sich für die Vereinigung aller Gewerkschafter einzusetzen, wie es der DMV tut, versuchen christliche Gewerkschaften, freie Gewerkschafter zu sich hinüberzuziehen. Wie sie das andrehen, zeigt ein Brief, den ein Teil unserer Kollegen der Wilhelmshaven-Rüstringer Industriehafen- und Lagerhaus-AG (Wrihala) erhalten hat. Der Brief (etwas gekürzt) lautet:

Gewerkschaft deutscher Eisenbahner E. V., Sitz Berlin. Bezirksleitung Bremen.

Bremen, den 2. November 1931.

Herrn

Werter Kollege!

... Wie wir in Erfahrung gebracht haben, sind die Eisenbahner der Wilhelmshaven-Rüstringer Industriehafen- und Lagerhaus-AG. fast restlos im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert. Selbst die Rangierführer, Lokführer, Weichenwärter und Rottenführer sind bei der „Wrihala“ im reinen Stundenlohnverhältnis beschäftigt. Bei der verantwortlichen Tätigkeit, die diese Gruppen ausüben, sind alle diese Kategorien bei den Klein- und Privatbahnen nach einer gewissen Beschäftigungsdauer in das Angestelltenverhältnis überführt worden. Der DMV wird aber an einer Überführung von Rangierern, Weichenwärttern, Rottenführern, Lokführern usw. in das Angestelltenverhältnis kein Interesse haben und auch nicht in der Lage sein, infolge seiner geringen Sachkenntnis vom Eisenbahndienst derartige Wünsche durchzudrücken. Wir nehmen an, daß auch Sie sich schon einmal die Frage vorgelegt haben, ob der Deutsche Metallarbeiter-Verband für die dortigen Eisenbahner die richtige Organisation ist. Auch Sie werden bei einigem Nachdenken sich unserer Auffassung anschließen, wenn wir sagen, daß sämtliche Eisenbahner, angefangen vom Reichsbahner bis zum Werkeisenbahner, interessenspolitisch in eine Eisenbahnerorganisation hineingehören. In der GDE... sind unsere Beitragssätze im Gegensatz zu den Beiträgen anderer Organisationen derart niedrig, was gerade jetzt, bei der gegenwärtigen Geldknappheit, besonders geschätzt werden dürfte...

Hoffend, von Ihnen demnächst einmal Ihre gesch. Meinung zu hören, fügen wir einen Freiumschatz bei.

Mit freundl. koll. Gruß:

Schnurrig sind die Köder, die die Christen zum Angeln von Freigewerkschaftern auswerfen. Einmal ist es der niedrigere Beitrag, dann das hohe Sterbegeld und schließlich und vor allem die Überführung ins Angestelltenverhältnis. Um uns auf dieses zu beschränken: Was da von dem Briefschreiber über die Stellung des DMV zum Angestelltenverhältnis gesagt wird, zeugt nicht gerade von Sachkenntnis. Dem Briefschreiber sei empfohlen, einmal den zwischen dem Arbeitgeberverband der Straßenbahnen und dem Gesamtverband, dem DMV und der Gewerkschaft der Eisenbahner abgeschlossenen Tarifvertrag aufmerksam zu lesen. Er wird dabei zu einer anderen Meinung kommen, als er in seinem Briefe offenbart. Ohne Grund wird seine Organisation wohl nicht an letzter Stelle rangieren. Sollte er dann noch meinen, daß der DMV nicht die richtige Organisation für die betreffenden Kollegen ist, dann sollte er den Tarifvertrag studieren, der vom Gesamtverband und dem DMV abgeschlossen wurde.

Die Eisenbahner der „Wrihala“, die bis auf zwei Ausnahmen im Gesamtverband und dem DMV organisiert sind, bitten den christlichen Mitgliederangler inständigst, sie zu verschonen.

Die Verwaltungsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes von Berlin III geht gleichfalls auf Mitgliederangelei aus. Sie tut das auf eine noch bedenklichere Art als die christlichen Eisenbahner an der Wasserkante. Man höre:

In einem Rundschreiben an ihre Vertrauensleute teilt sie mit, daß für die Berliner Metallindustrie Verhandlungen vor dem Schlichter notwendig geworden seien, um die Löhne gemäß der letzten Notverordnung zu senken. Dann heißt es wörtlich in dem christlichen Rundschreiben:

„Der Schlichter für den Bezirk Berlin-Brandenburg ist der frühere Reichsarbeitsminister Wissell, ein prominentes Mitglied der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Der von ihm gefällte Schiedsspruch übertrifft alle Erwartungen.“ Nachdem dann die Lohnsätze der vier Gruppen angeführt und erwähnt worden ist, daß der Schlichter den Stand der Löhne von 1927 nicht berücksichtigt habe, fährt das christliche Rundschreiben fort: „Herr Wissell hat damit erneut bewiesen, daß er seine Tätigkeit, sei es als Reichsarbeitsminister oder als Schlichter, immer zum Nachteil der Arbeiterschaft ausgeübt hat, von einem ‚Arbeiterführer‘ dürfte man wohl andre Taten erwarten. Unsere Mitglieder müssen die neueste Tat des Herrn Wissell agitatorisch für unseren Verband verwerten.“

Dazu ist zu sagen: Was immer man an der amtlichen Tätigkeit des Kollegen Wissell anzusetzen haben mag, die Arbeiterschaft einschließlich der christlichen, würde sich sicherlich sehr glücklich schätzen, wenn der Kollege Wissell noch Arbeitsminister wäre. Unter seiner Amtstätigkeit hat es jedenfalls keine Schiedssprüche oder Verordnungen mit 7, 10 und 15 vH Lohnabzug gegeben. Und wer für die Notverordnung verantwortlich ist, die den Schlichter Wissell zwang, die Löhne herabzusetzen, weiß so ziemlich jedes Kind. Wenn, darum die christliche Mitglieder, dem Räte des Rundschreibens folgend, die Tätigkeit Wissells für Mitgliederangerei verwenden sollten, so müssen sie sich schon auf etliche Unliebsamkeiten gefaßt machen.

Jubilärfest in Kotzenau

Auch unsere Zahlstelle in Kotzenau konnte neulich zehn Mitglieder, die 25 Jahre und noch länger dem DMV angehören, ehren. Die Feier erdiente sich einer sehr zahlreichen Beteiligung. Kollege Häbcher vom Oranienbusch und der Bevollmächtigte, Kollege Riedel, dankten den Jubilaren für ihre vorbildliche Treue, die sie der Gewerkschaft gehalten haben, besonders in der Vorkriegszeit, wo Freigewerkschafter ihre Überzeugung oft mit der Aufgabe der Arbeitsgelegenheit büßen mußten. Ferner dankten sie auch den Frauen, die als treue Gefährtinnen ihren Männern zur Seite standen. Die Jugend forderten sie auf, sich an den Jubilaren ein Vorbild zu nehmen. Keine Zeit sei geeigneter wie die jetzige mit ihren wirtschaftlichen und politischen Rückschlägen, sich in der Gewerkschaft zusammenzufinden. Ein brandend aufgenommenes Hoch galt dem Verband und den Jubilaren. Die Jubilare wurden mit einer Ehrennadel geschmückt. Kollege Pföfe (Breslau) überbrachte den Jubilaren Dank und Glückwunsch der Bezirksleitung und des Hauptvorstandes. In seiner Rede schilderte er das Werden und die Bedeutung des Verbandes. Auch er wandte sich in ermahnenden Worten an die Frauen und die Jugend. Ein Tanz ließ die Anwesenden noch längere Zeit beisammen.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 17. Januar, ist der 4. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. Januar 1932 fällig.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Gestohlen wurde!

Mitgliedsbuch Nr. 6829 673, lautend auf den Schlosser Fritz Frey, geb. am 14. November 1908 in Grömbach-Freudenstadt (Biberach).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Bockwitz. Wir suchen zum sofortigen Antritt einen Geschäftsführer. Bedingung: Gute Kenntnisse des gesamten Arbeitsrechts, der Sozialgesetzgebung und des Zivil- und Strafrechts. Gewandtheit in Rede und Schrift. Bewerbungen mit Lebenslauf bis 23. Januar 1932 an den 2. Bevollmächtigten Ernst Wagenknecht, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Bockwitz, Kreis Liebenwerda, einzureichen.

Überbrückung der Kluft

Unsere Verwaltungsstelle in Tübingen, die etwa 200 Mitglieder zählt, leidet gleichfalls schwer unter der Krise. In der Mitgliedschaft sind 50 Kurzarbeiter, 70 Arbeitslose, die fast alle ausgesteuert sind, nur der kleine Rest schafft noch 48 Stunden. Den Mahnungen in der Metallarbeiter-Zeitung, die Kluft zwischen den noch schaffenden und den arbeitslosen Kollegen zu überbrücken, folgend, unternahm es die Ortsverwaltung, eine gemeinsame Feier für die Jubilare und die arbeitslosen Mitglieder zu veranstalten. An den letzteren wurde praktische Solidarität geübt. Jeder bekam eine geziemende Mahlzeit mit einem Trunk, dazu der Verheiratete 15 M, der Ledige 12 M.

An der Veranstaltung, die am 19. Dezember stattfand, nahmen alle arbeitslosen Kollegen, Funktionäre und Betriebsräte teil. Während sich der Bevollmächtigte, Kollege Schittenhelm, auf die Begrüßung und die Darlegung des Zwecks der Versammlung beschränkte, sprach der Bezirksleiter, Kollege Schöck, über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung des DMV. Seine Ausführungen endeten mit der Ehrung zweier Jubilare, die 25 Jahre Mitglied sind. Der örtliche ADGB-Vorsitzende, Kollege Kopp, überbrachte Grüße mit 325 M für die arbeitslosen Kollegen und einen Früchtekorb für unsern arbeitslosen Jubilar Walter, der neben seiner Mitarbeit im DMV, im Kartell, auf dem Arbeitsamt, auf dem Arbeitsgericht, der Krankenkasse usw., die Arbeiterschaft vertritt. Anschließend dankte der Kollege Walter im Namen der Arbeitslosen und Jubilare für die Spenden und die Ehrung. Musik und Gesänge gaben der Veranstaltung ein festliches Gepräge. Nur allzu schnell verflohen die Stunden, in denen die Kollegen, die jahrelang nicht mehr im Betrieb sind, ihre Gedanken mit den Betriebsarbeitern austauschen konnten.

Möge diese Veranstaltung ihren Zweck erfüllen: die Kluft überbrücken, Solidarität wachhalten, damit die arbeitslosen Kollegen weiterhin zu ihrer Organisation und zu ihrer Kollegenschaft stehen.

Verbesserung der Gewerkschaftspresse

Die Blätter der Zimmerleute und der keramischen Arbeiter bringen uns eine angenehme Neujahrsüberraschung. Beide Zeitungen sind in neuem Gewande erschienen, dessen auffälligstes Merkmal die lateinische Schrift ist. Wir freuen uns darüber und wünschen, daß auch die Gewerkschaftsblätter, die bei der sogenannten deutschen Schrift verblieben sind, sich dem guten Beispiel bald anschließen. Nicht nur, daß dadurch der Aktionsradius der Zeitung verbreitert wird, auch die Lesbarkeit der Zeitung wird dadurch verbessert. Außer der neuen Schriftart haben der „Zimmerer“ und der „Keramische Bund“ eine gediegenere Anordnung des Stoffes, eine ruhiger wirkende Aufmachung gewählt, was besonders beim „Zimmerer“ wohlthuend in die Augen fällt. Das mögen bloß Kleinigkeiten sein, aber die Gesamtwirkung einer Zeitung wird durch eine Menge von Kleinigkeiten bestimmt.

Das neue Gewand der beiden Blätter bezeugt, daß die allgemeine Verbesserung der Gewerkschaftspresse, die vor ein paar Jahren einsetzte, noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Was vor fast einem Jahrzehnt vereinzelt und tastend begonnen wurde, ist verständnisvoll aufgegriffen und beherzt weiterentwickelt worden. Wie groß und glücklich der Wandel ist, läßt sich leicht herausfinden, indem man eine Zeitungsnummer von früher mit einer von heute vergleicht. Die Leser haben diesen Wandel lebhaft begrüßt und mit ihrer Zustimmung nicht gekargt.

Freilich, mit dem, was bisher an Änderungen oder Verbesserungen geschehen ist, kann es sein Bewenden nicht haben. Eine Zeitung ist eins von den Erzeugnissen, die sich, wollen sie Eindruck machen, den wandelnden Notwendigkeiten der Zeit anpassen müssen. Dafür haben unsere Gewerkschaftsredakteure sicher volles Verständnis. Sie werden, des sind wir gewiß, auch weiterhin darauf bedacht sein, ihre Blätter auf der Höhe der Zeit oder des Bedürfnisses der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten zu halten. Die gewaltige Umwälzung, in der wir mitten drin stehen, wird nicht spurlos an der Gewerkschaftspresse vorbeigehen. Sie dürfte sich, wenn wir aus dieser politischen und wirtschaftlichen Wüstenei wieder einigermaßen heraus sind, äußerlich und noch mehr inhaltlich noch weiter geändert haben.

Brief aus Spanien

Es ist nicht zu leugnen: Auch in Spanien gewinnt wie in allen übrigen europäischen Ländern die Wirtschaftskrise immer mehr an Boden. Da nun natürlich ein Sündenbock diese Wirtschaftskrise verursachen muß, so haben ihn die spanischen Rechtsparter in der immer stärkeren Entwicklung der sozialistischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften gefunden. Genau wie in Deutschland der Schlachtruf: „Die Marxisten und die Juden sind an allem schuld!“ Anhänger geworden hat, so ist der spanische Schlachtruf: „Nieder mit den Sozialisten, sie haben die Krise verursacht!“ nicht ohne Wiederhall geblieben.

Wer aber die spanischen Verhältnisse seit der Revolution mit ungetrübtem Blick beobachtet, kann erkennen, daß auch in Spanien die Krise aus der allgemeinen Wirtschaftsnot der Welt geboren ist und keineswegs aus dem Zusammenbruch der Monarchie.

Die republikanischen Behörden versuchen tatkräftig gegen die Krise einzuschreiten. Bisher fehlte hier jedoch noch eine genaue Erfassung der Arbeitslosen, da es eine einheitliche Arbeitsmarktregelung nicht gab. Im Laufe der nächsten Zeit soll aber eine vom sozialistischen Arbeitsminister Largo Caballero geschaffene allgemeine Arbeitsbörse die Arbeitslosen zahlenmäßig erfassen und ähnlich wie die deutschen Arbeitsämter Arbeit vermitteln. Die privaten Arbeitsnachweise werden abgeschafft. Es sind aber bereits einige andere Wege eingeschlagen worden, um der Krise von vornherein wirksam entgegenzutreten. So haben sich auf Veranlassung der Gewerkschaften Unternehmer verschiedenster Industrien damit einverstanden erklärt, die Arbeitszeit entsprechend der Produktionsverminderung zu kürzen, ohne daß dabei ein Arbeiterabbau erfolgt. In manchen Industrien wird dieses Prinzip auf die tägliche Arbeitszeit, in anderen Industrien auf die wöchentliche angewandt. So wird zum Beispiel bei gleichem Arbeiterbestand in einigen Industrien nur fünf Tage gearbeitet.

Der Einfluß der Gewerkschaften und der Einfluß des sozialistischen Gedankens wächst in Spanien von Tag zu Tag. Die Arbeiterbewegung hat eine riesige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, die sich durch immer engeren gewerkschaftlichen Zusammenschluß offenbart. In keinem Land wohl sind sozialistische Partei und Gewerkschaften stärker und enger miteinander verbunden wie gerade in Spanien. Seit Beginn der Revolution und Ausrufung der Republik haben sich täglich bis zur Gegenwart etwa 1300 bis 1400 Neuaufnahmen in der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften vollzogen. Die Landarbeiterschaft, die in dem Agrarland Spanien 72 vH der Gesamtarbeiterschaft ausmacht, ist fast hundertprozentig organisiert. Die spanischen Arbeiterführer, besonders der Arbeitsminister, kämpfen in der Öffentlichkeit und dem Parlament für das Recht der Arbeiter.

Largo Caballero hat bei Übernahme des Arbeitsministeriums zuerst die Übereinkommen des Genfer Arbeitsamtes, sofern sie die Arbeiter betreffen — also Achtstundentag, Unfallversicherungs- und Landarbeiterschutzverträge, das Mutterschutz- und Arbeitslosenunterstützungs-Übereinkommen —, soweit ratifiziert, daß sie mit dem neuen Jahre Gesetz werden. Auch Verordnungen über Schlichtungsausschüsse und Kollektivbewirtschaftung, die bisher nicht bestanden, sind erlassen worden. Die Gewerkschaften, bisher von der Regierung nicht dazu ermächtigt, Tarifverträge rechtsgültig abzuschließen, sind nun eine vom Arbeitsministerium unterstützte, staatlich anerkannte Einrichtung geworden. Nur das vorgesehene einheitliche Betriebsrätegesetz stößt nach wie vor auf allergrößten Widerstand der Industriellen. Sie fürchten Kontrollmaßnahmen der Arbeiterschaft.

Auch politisch ist die sozialistische Arbeiterschaft Spaniens nicht müßig geblieben. Ihr Hauptwerk gilt dem Ausbau des Abgeordnetensystems. In jedem Landkreis, in dem bisher bürgerliche Republikaner die Sitze erhielten, sollen Arbeiterabgeordnete aufgestellt werden. Andererseits aber legt die sozialistische Partei grundsätzlich keinen Wert auf exponierte Posten innerhalb der Regierung. Darum lehnt sie es ab, den Ersten Minister zu stellen. Regierungsposten aber zu besetzen, die das Wohl des Volkes und die Zukunft des Sozialismus erfordern, hält sie schon aus staatspolitisch-nationaler Hinsicht für ihre Pflicht. Auch in Spanien strebt man eine Koalitionsregierung an. Die spanische Sozialdemokratie lehnt es jedoch ab, die Schuld an den schlecht abgelaufenen Geschäften der sich vor der Verantwortung drückenden Gegner mitzutragen. Allerdings in dem Augenblick, wo die spanische Arbeiterschaft mit der einseitigen Machtergreifung der Rechtsparteien rechnen müßte, wird sie sich allein an die Spitze der Regierung zu stellen wissen.

Heute schon ist die sozialistische Partei stark genug, um sich den anderen Parteien gegenüber in einer Koalitionsregierung durchsetzen zu können. Wie sich bei Bezirks-Stichwahlen herausstellte, gewinnt sie immer neue Stimmen. Für sie dürfte das Ergebnis von allgemeinen Neuwahlen mit ziemlicher Sicherheit ihre Parlamentsmehrheit sein.

Ilse Wolff.

Löhne in Schweden

Das Amt für soziale Angelegenheiten in Schweden veröffentlicht das Ergebnis seiner Lohnstatistik für 1930. Es ergibt sich daraus, daß, obwohl eine gewisse sinkende Tendenz festgestellt werden kann, während des Jahres 1930 keine nennenswerten Veränderungen in der Lohnlage zu verzeichnen waren. Der für sämtliche Landarbeitergruppen des ganzen Landes berechnete Jahreslohn betrug für Männer 1100 bis 1300, für Frauen 800 bis 900 Kronen. Im Vergleich mit den Landarbeiterlöhnen des Jahres 1913 sind die Löhne der Männer um durchschnittlich 65 vH gestiegen, die der Frauen um 35 vH oder um etwa 67 vH für sämtliche Arbeiter.

In der Industrie umfaßt die Statistik 441 000 beschäftigte Personen, hiervon 368 000 Arbeiter und 73 000 Personen Verwaltungspersonal. Für sämtliche erfaßten Arbeiter, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, betrug das Jahreseinkommen im Jahre 1930 durchschnittlich 2553 Kronen. Für erwachsene männliche Arbeiter belief sich der Durchschnittslohn auf 2865 Kr., für Frauen auf 1671 Kr. und für Minderjährige auf 1096 Kr. In den größeren Städten liegen die Löhne bedeutend über dem Durchschnitt für das ganze Land. So betrug z. B. in Stockholm der Durchschnittslohn 4195 Kr. für Männer und 2121 Kr. für Frauen; in Göteborg 3332 Kr. für Männer und 1632 Kr. für Frauen; in Malmö 3081 Kr. für Männer und 1592 Kr. für Frauen.

In der Zeit von 1913 bis 1930 ist der Jahreslohn für erwachsene männliche Arbeiter um 131 vH, für Frauen um 157 vH gestiegen. In der eigentlichen Industrie ist das Jahreseinkommen der männlichen Arbeiter im selben Zeitraum um 121 vH gestiegen, das der Frauen um rund 155 vH. Es wird berechnet, daß der Reallohn jetzt um 42 vH höher steht als im Jahre 1913.

Asyle für Betrunkene

In Leningrad hat man jetzt Asyle für Betrunkene geschaffen. Wer auf der Straße betrunken angetroffen wird, den führt man in eines dieser Asyle. Da erhält er dann medizinische Hilfe. Da kann er schlafen. Da wird er am andern Morgen massiert und geduscht. Und wenn er dann sein Morgenfrühstück zu sich genommen hat, kann er gehen. Dafür muß er gehörig bezahlen. Umsonst leistet auch der Sowjetstaat nichts. Die Produktion von Alkohol bringt dem Staate viel Geld ein, darum liegt ihm gar nichts daran, den Alkoholmißbrauch durch Einschränkung seiner Herstellung zu bekämpfen.

Krieg in der Mandschurei

In Ostasien, in der Mandschurei, krachen Maschinengewehre und Granaten. Der Teufel Krieg will wieder einmal die Zähne bewaffnen. Aber es soll ja gar kein Krieg sein, sondern nur eine Intervention. Über diese steht jedoch nichts in den kriegsverbietenden Pakten des Völkerbundes. Wie sich der Völkerbund zu einer Intervention zu stellen hat, muß er natürlich erst reichlich erwägen. Wenn er damit fertig ist, wird er ganz energisch Schritte unternehmen, so energisch, wie sie immer waren.

Die Mandschurei ist zweimal so groß wie Deutschland und birgt 20 Millionen Menschen. Vier Fünftel sind Chinesen, eingewanderte Bauern aus der überfüllten Provinz Schantung. Die Mandschurei ist äußerst fruchtbar. Große Flußläufe haben im Laufe der Jahrtausende schwarzes Schwemmland angesetzt. Und im Hügelland ist die Erde gelb — Lößboden, gleichfalls äußerst fruchtbar. Gesegnete Ernten von Bohnen, Reis, Tabak, Mohn und Baumwolle.

Der Süden ist Kulturland, der Norden Hochsteppe. Viehzucht. Und der gebirgige Osten trägt Urwald, Nadelwald. Der halb wilde Mandschujäger jagt den Schneetiger, den schwarzen Bären, Wolf und Zobel. Durch die Steppen springt die Antilope, in den Flüssen gibt es schmackhafte rotfleischige Lachse.

Alles in allem ist die Mandschurei ein gesegnetes Flachland, ein Land mit größter Zukunft, das dereinst an die 200 Millionen Menschen ernähren wird. Es ist Kolonialland für das überfüllte China und Japan. Schon heute ist die Mandschurei der Kampfplatz um den Markt — Chinesen und Japaner suchen einander vom mandschurischen Absatzgebiet zu verdrängen. Der einst mächtige Russe kommt als Wirtschaftskonkurrent nicht mehr in Frage. Er hat ja mit seiner eigenen Wirtschaft schwer zu schaffen, und koloniales Jungland hat er in seinem fruchtbaren Südsibirien mehr als genug.

Das Land liegt auf der Breitenhöhe von Griechenland. Im Sommer ist es heiß, im Winter aber ist es eisigkalt, ohne Schnee. Aus der Wüste Gobi heraus brausen im Winter die schrecklichen Sandstürme. Sommers gibt es Regen genug, der Flugsand wird Fruchtbarkeit. Zwei große Stromgebiete. Die Ströme Sungari und Normi ergießen sich nordhin in den König der Ströme, in den Amur, der ins Tatarische Meer einfließt.

Zentrum des Bahnverkehrs ist die Halbmillionenstadt Charbin, erst 1898 von den Russen gegründet, heute schon eine volkreiche Verwaltungs-, Markt- und Schulstadt. Von Charbin läuft die Bahn nach Europa, an dem Baikalsee vorbei nach Moskau, Berlin, Wien, Paris. Die

Mandschurei ist kein schläfriges, müdes, unkultiviertes Land, nein, sie hat alle Kraft und Hoffnung eines jungen Aufstreblandes. Sie hat mehr Lebenskraft als unsere alten europäischen Kapitalländer, die alle an Arterienverkalkung, an Zucker und Kriegspest kranken. Zu den Bahnen nach Moskau und Europa kommen osthin die Bahnen nach Wladivostok, an die japanische See, dann die nach Peking, Schanghai und nach dem revolutionären Paris des Ostens, nach dem unruhigen Kanton, dem eigentlichen Hirn des weiten Chinesenreiches. Die Mandschurei ist verkehrstechnisch mit allen Zivilisationszentren verbunden. Schon deshalb hat sie eine große Entwicklungsmöglichkeit.

Industrie? Nein, die ist noch nicht da. Industrieerzeugnisse gibt Japan und das südliche China, hauptsächlich Textilien. Und dennoch wird in Zukunft die Mandschurei ihre eigene Industrie haben, sie wird Traktoren und Turbinen bauen. Das Land hat Eisen bei Mukden und schwarze Diamanten in den Bergen östlich der Stadt Kirin.

Eine halbe Million Japaner ist im Lande. 100 000 Weißrussen und 100 000 Rotrussen — an den Bahnen und in der Hauptstadt Charbin. Es gibt auch 1000 Deutsche, Kaufleute, Ingenieure, Ärzte.

In der Mandschurei krachen die Granaten. Die Offiziere haben das Wort. Aber nicht nur die Waffen streiten, auch die Religionen. Beide Teile mit dem gleichen Ziel: Kastenherrschaft — Volksunterdrückung.

Der japanische Schintopriester ächtet den chinesischen Buddhisten. Der mandschurische Zauberpriester mit seinen Klappern und Trommeln ist auch noch da und sucht eifrig nach Dummheit. Und zwischen diesen Priestern torkeln, gleichfalls wild fuchtelnd und schreiend, christliche Missionare die schwere Menge. Außerdem schwingt der bolschewistische Freiheitspriester Zunge und Faust gegen den weißrussischen Popen. Soll man weinen oder lachen, wenn man sieht, wie diese kunterbunten Priestersippen sich den Rang abzulaufen suchen und jede kühn behauptet, den kürzesten Weg zum Himmel zu haben?

Das Gesurre der Priester wird übertönt von dem Krachen der Granaten. Die Mandschurei soll erschlossen, „kultiviert“ werden durch Priester und Soldaten. Man wird nun vielleicht verstehen, um was es sich auch bei dieser „Kultivierung“ handelt. Es handelt sich um den Acker und die Bodenschätze des Landes, um den mandschurischen Absatzmarkt — es handelt sich um den Arbeitsertrag und um die Haut des mandschurischen Bauern. Es ist ein ganz gewöhnlicher kapitalistischer Beutekrieg.

Max Dortu.

Eine Stadt stirbt

Mit entsetzlicher Beklemmung liest man die neuesten Berichte über die Zustände in der österreichischen Stadt Steyr. Sie ist weit bekanntgeworden durch ihre Waffenfabrik. Nach Kriegsschluß hat sich die Fabrik auf andre Erzeugnisse, auf Kraftwagen und anderes umgestellt. Wie früher, so ist auch jetzt die Bevölkerung wirtschaftlich von der Arbeit in dem Werk abhängig. Mit seinem Rückgang schwand auch die Lebensmöglichkeit der Einwohner immer mehr. Nach und nach ist es soweit gekommen, daß von den 22 000 Einwohnern nicht weniger als 11 750 die öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen, um nicht buchstäblich zu verhungern.

Öffentliche Hilfe! Das klingt noch einigermaßen erträglich, wenn die sie gewährende Stadt Mittel hat. Mit dem Niedergang des Steyrwerkes aber schrumpften die Einnahmen der öffentlichen Kassen zusammen. Immer weniger Einnahmen, immer mehr Ausgaben für die hungernde Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der Einwohnerschaft ist ausgeschaltet aus Arbeit und Verdienst. 1100 Menschen sind ohne jegliches Einkommen, ohne irgendwelche Unterstützung. 400 dieser Menschen sind Familienväter, die von der Gemeindeunterstützung leben, und die beträgt — drei Schilling die Woche. 180 Pf. zum Leben für sieben Tage! Mehr kann die Stadt nicht zahlen, ja selbst diese paar Groschen sind für sie noch zu viel, weil ihre Kasse einen ungedeckten Fehlbetrag aufweist.

Unter solchen Umständen braucht man nach dem Gesundheitszustand in Steyr nicht zu fragen: Hunderte von Kindern haben als Nahrung nur einmal am Tage eine Schale Tee. Hunderte von Kindern können wegen Mangel an Kleidung die Schule nicht mehr besuchen. Es gibt Leute, die tagelang im Bett liegen, weil sie weder Holz noch Kohle noch Kleidung besitzen. Es gibt Familien, deren einzige Kost seit Monaten Wassersuppen sind, weil sie nicht einmal Kartoffeln kaufen können.

Neun Zehntel der Kinder sind unterernährt, berichtet der Vizebürgermeister. Handgelenke wie Wachs, blutlos, winzige Körper. Gesichter, die nicht alt sind noch jung, sondern zeitlos wie der Tod. Die Kinder betrügen ihren Magen mit Tee und schwarzem Kaffee.

Die Stadt hat wiederholt SOS-Rufe in die Welt gesandt, hat Dutzende von Deputationen nach Hilfe ausgeschickt. Überall Achselzucken. Die städtischen Funktionäre, immer und überall von fahlen, hungrigen Gesichtern verfolgt, möchten am liebsten ihre Ämter hinwerfen, um der furchtbaren Qual entronnen zu sein. Wer aber soll in dieser Höllepein den Mut haben, die öffentlichen Ämter wieder einzunehmen? So bleiben die Beamten, mühen sich weiter und hungern mit und verwalteten das, was man Konkursmasse nennen kann.

Bei Konkursen bleibt gewöhnlich immer noch etwas, was man Masse nennt. Die Stadt Steyr hat nichts dergleichen mehr. Die Stadt hat nur Schulden und Elend. Ihre Einwohner müßten auswandern, fliehen, aber wohin? Wohin? Sie müssen bleiben und verhungern. Und mit ihnen stirbt die Stadt.

Erlöschen des internationalen Handels

Immer schon war in allen Ländern der Ruf der Volkswirtschaftler bei jeder kleinsten Krise: kauft einheimische Waren! In der Schweiz, in Deutschland, in Amerika, seit langem schon in Frankreich, neuestens sehr tatkräftig in England. Man wird die Gründe anerkennen, die zu solchen Rufen führen. Allein es ist schwer, die einmal geschaffenen Beziehungen auszutüpfen. Und es hat alles seine zwei Seiten. Je weniger das Land A von B kauft, desto weniger wird B von A nehmen wollen.

Noch im Jahre 1927 hat Deutschland für 3,4 Milliarden Mark ausländische Lebensmittel aller Art eingeführt. Für das Jahr 1931 ist eine Kaufsumme von nur noch 1,1 Milliarden Mark zu erwarten. Was heißt das? Um soviel ist die internationale Beziehung im Handel gesunken, also um 2,3 Milliarden Mark

jährlich. Holland und Italien, Frankreich und Dänemark, Polen und Österreich haben Verluste erlitten, die deutsche Landwirtschaft hat den Gewinn davon. Aber um ebensoviel ist Deutschland den andern Ländern weniger „teuer“ geworden!

Deutschlands Industrie lebt vom Export. Je schlimmer die Krise im Lande wütet, desto weniger kommt das Inland als Käufer in Betracht. Wie Borsig so stehen auch andere große Werke zwischen Tod und Leben. England ist den Weg Deutschlands gegangen, es will der einheimischen Landwirtschaft helfen; die Engländer sollen teure englische Lebensmittel essen statt der billigen ausländischen Waren, genau so wie es in Deutschland gegangen ist, wo der Zoll ein stets wirksames Hilfsmittel war, die rückständigste deutsche Landwirtschaft gegen den dänischen Bauer, den holländischen Eierfarmer, den amerikanischen Weizenfabrikanten zu „schützen“.

Eine völlig verkehrte Welt. Ihre Entwicklungsrichtung ist genau entgegengesetzt zu jener, die man vor dem Weltkrieg vernünftigerweise hätte prophezeien können. Die Gesamtmenge des internationalen Handels hat bis zum Weltkrieg ständig zugenommen. Man schien mit Recht zufrieden; man sagte, daß offenbar schon allein die ständig zunehmende internationale Verflechtung der Völker in ihren Handelsbeziehungen jeden Krieg unmöglich machen würden.

Allein was sehen wir jetzt seit mehr als zwei Jahren? Die Summen von Einfuhr und Ausfuhr, also die Gesamtmenge, nimmt ständig und ausnahmslos ab. Die Völker isolieren sich. Jede Nation stellt mehr und mehr alles, was sie braucht, im eigenen Lande her. Nicht zum Vorteil der Völker. Im obigen Beispiel liegt die Sache so, daß nunmehr die deutsche Landwirtschaft die „ersparten“ 2,3 Milliarden bekommt. Aber ohne Zollwahrnsinn bekäme die Bevölkerung diese Lebensmittel etwa für 1,8 Milliarden aus dem Ausland; sie könnte also ½ Milliarde am Essen sparen, bis die eigene Landwirtschaft ebenso leistungsfähig geworden sein wird wie die ausländischen Spezialisten.

Ungarn erklärt ein Auslandsmoratorium

Unter den europäischen Ländern ist Ungarn das erste, das die Einstellung der Zahlungen von Zinsen und Tilgungsraten für die langfristigen Auslandsanleihen ankündigte. Der Zahlungsaufschub wurde zunächst auf die Dauer eines Jahres erklärt. Für die Übertragung der kurzfristigen Auslandsschulden verhandelt die Regierung für ein Stillhalteabkommen. Die privaten Auslandsschulden, die im geschäftlichen Verkehr entstehen, konnten bereits früher nur mit besonderer Erlaubnis der Regierung bezahlt werden. Die Verzinsung und Tilgung der langfristigen Anleihen würde jährlich 200 Millionen Pengö erfordern, die der kurzfristigen Schulden weitere 100 Millionen. In diesem Umfang müßte demnach ein Ausfuhrüberschuß an Waren erreicht werden, was angesichts der Ausfuhrkrise nicht möglich ist.

Durch das Moratorium wird nun Ungarn vom Wirtschaftsverkehr mit der übrigen Welt abgeschnitten. Die Einfuhr wird auf ein Mindestmaß beschränkt, so daß selbst die Beschaffung der Rohstoffe in Frage gestellt ist. Doch wird durch die Abschließung die Ausfuhr nicht weniger getroffen als die Einfuhr, da sie im Rahmen einer staatlichen Devisenbewirtschaftung nicht gedeihen kann. So bedeuten die neuen Einschränkungen in Ungarn eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise, vor allem die Vernichtung der noch vorhandenen Reste der Industrieproduktion. In einem Land, das keine Arbeitslosenunterstützung kennt, bedeutet diese Entwicklung eine bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Verelendung des Proletariats.

Not lehrt erfinden

Durch die wirtschaftliche Not ist die Erfindertätigkeit gesteigert worden. Nach dem neuen Jahrbuch des Statistischen Reichsamtes wurden im Jahre 1930 78 400 Patente angemeldet, das sind mehrere Tausend mehr als im Jahre zuvor. Wir sehen, daß Not wirklich erfindend macht.

Es gibt Zigaretten

die "Vorteile" bieten (wie Bilder, Wertmarken etc.) CLUB 3 $\frac{1}{2}$ bietet nichts ... ausser Qualität. (Davon aber sehr viel!)



Geheimniskrämerei bei der Krisenunterstützung

Unsere Arbeitslosenversicherung ist schon seit längerer Zeit eine Art Dunkelkammer. Es sind so viele Änderungen eingetreten, daß es selbst den Fachleuten schwer fällt, sich in dem Schlingengewächs der Bestimmungen zurechtzufinden. Es gibt tatsächlich Unterstützungsfälle, deren Berechnung sich geheimnisvoller anhört als die Lösung eines schwierigen Rätsels. Das gilt insbesondere für die Bedürftigkeitsprüfung.

Für die Durchführung der Krisenfürsorge ist eine Zusammenarbeit der Gemeinden mit den Arbeitsämtern vorgesehen. Da das Gesetz die Unterstützung von der „Bedürftigkeit“ abhängig macht, sind die Gemeinden verpflichtet, auf Ersuchen der Stelle, die für die Entscheidung über die Unterstützung zuständig ist, bei Prüfung der Bedürftigkeit mitzuwirken. In allen Fällen, wo eine von der Bedürftigkeit abhängige Unterstützung gewährt werden soll, ist also vor der Bewilligung der Gemeinde Gelegenheit zur Äußerung über die Bedürftigkeit des Antragstellers zu geben.

In allen Fällen, in denen die Gemeinde oder der Gemeindeverband die Bedürftigkeit verneint, darf der Vorsitzende des Arbeitsamtes eine Krisenunterstützung nur gewähren oder weiter zubilligen, wenn er nach eingehender Prüfung der Verhältnisse des Antragstellers und unter Würdigung des Gutachtens der Gemeinde seinerseits die Überzeugung gewinnt, daß eine Bedürftigkeit vorliegt. Auch dann, wenn die Gemeinde sich dahin äußert, daß Bedürftigkeit des Antragstellers vorliegt, der Vorsitzende des Arbeitsamtes aber dennoch zur Ablehnung des Antrages kommt, ist die eingehendste Prüfung der Verhältnisse vorgesehen. Das Arbeitsamt hat der Gemeinde von der Bewilligung oder Versagung der Krisenunterstützung Kenntnis zu geben.

Das Tollste an der Sache besteht aber darin, daß das Arbeitsamt auch dafür zu sorgen hat, daß die Arbeitslosen in die von der Gemeinde abgegebenen Gutachten keinen Einblick gewinnen. Der Arbeitslose weiß nicht, ob die Gemeinde seine „Bedürftigkeit“ anerkannt oder verneint hat, denn er darf die Äußerung der Gemeinde nicht selbst dem Arbeitsamt überbringen. Zudem muß es das Arbeitsamt auch vermeiden, bei Ablehnung des Antrags dem Arbeitslosen mitzuteilen, wie die Äußerung der Gemeinde gewesen ist. Der Arbeits-

lose soll nicht erfahren, durch wen ihm oder warum ihm die Krisenunterstützung verweigert oder gekürzt worden ist. Dem Antragsteller ist somit jede Möglichkeit entzogen, gegen den ablehnenden Bescheid anzukämpfen, weil er ja nicht weiß, warum sein Unterstützungsgesuch abgelehnt worden ist.

Daß dieses lichtscheue Verfahren böses Blut macht, ist nicht zu verwundern. Denn der Arbeitslose ist, besonders in kleineren Gemeinden, allerhand Mächtigkeiten ausgesetzt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der dringend Abhilfe erheischt. Es ist nicht mehr wie recht, daß in allen ablehnenden Fällen auch die Arbeitslosen erfahren, warum die Krisenunterstützung versagt wurde. Diese Geheimpolitik bei der Prüfung der „Bedürftigkeit“ wirkt verbittern; vollste Öffentlichkeit und Klarheit ist dringendes Erfordernis. Der Antragsteller weiß dann bei Ablehnung seines Unterstützungsgesuchs wenigstens, woran er ist.

Die Änderungen, die in der Arbeitslosenversicherung vorgenommen worden sind, müssen als durchaus unbefriedigend bezeichnet werden. Die Forderung auf Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsarbeitslosenversicherung muß auch weiterhin bestehen bleiben. Denn die ausgesteuerten Erwerbslosen müssen doch in den weitaus meisten Fällen von den Gemeinden unterstützt werden. Die Dreiteilung der Arbeitslosenversicherung in Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung ist ein Unding.

Unsinnig ist es auch, daß die Wohlfahrtsunterstützten ihrer Meldepflicht beim Arbeitsamt genügen müssen. Eine Kontrolle ist zwar nötig, jedoch kann sie ebenso gut von den Gemeinden, als den zahlenden Stellen, ausgeführt werden. Dies gilt auch für die statistische Erfassung und Zählung. Denn bei dem riesigen Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist doch an eine Vermittlung der langfristigen Erwerbslosen durch die Arbeitsämter nicht zu denken, da die Unternehmer bei Neueinstellungen diese Leute als die am wenigsten geeigneten ansehen. Zudem haben die Arbeitsämter ein überwiegendes Interesse daran, in erster Linie die von ihnen betreuten Unterstützungsempfänger in Arbeit zu vermitteln, um die Reichsanstalt geldlich zu entlasten.

auf zwei Drittel des Krankengeldes, und für Versicherte mit mehr als einen Angehörigen durch Zuschläge zu erhöhen.

Der einmalige Entbindungsbeitrag von 10 M konnte bis auf 25 M erhöht werden, die Dauer des Stillgeldbezugs bis auf 26 Wochen usw. Das Sterbegeld konnte bis zum vierzigfachen des Grundlohnes festgesetzt werden. Erhöhungen waren auch bei der Familienwochenhilfe möglich.

Dem Versicherten konnte beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes und sonstiger Angehöriger Sterbegeld zugebilligt werden. Neben diesen Mehrleistungen konnten die Kassen auch noch andere durch ihre Satzungen einführen.

Alle die aufgeführten Mehrleistungen, sofern sie in den Satzungen vorgesehen waren, kommen jetzt in Wegfall, und zwar mit dem 1. Januar 1932. Laufende Leistungen bleiben allerdings unangetastet. Will die Krankenkasse trotzdem nach dem 1. Januar 1932 Mehrleistungen einführen, so bedarf dies der Zustimmung des Oberversicherungsamtes. Die Zustimmung ist zulässig, wenn der höchste Beitrag nicht höher als 5 vH des Grundlohnes ist.

Von diesen Maßnahmen werden auch die Ersatzkassen betroffen. Hier treten die Änderungen erst mit dem 1. Februar 1932 in Kraft.

Auf dem Gebiet der Krankenversicherung sind dann folgende Änderungen zu erwähnen: Für die Familienhilfe dürfen die Ersatzkassen von den Versicherungspflichtigen Zusatzbeiträge nicht erheben.

Dürfen gewerkschaftliche Abzeichen getragen werden?

Im achten Teil der Notverordnung werden die Maßnahmen bekanntgegeben, die zum „Schutz des inneren Friedens“ getroffen sind. Dort heißt es: „Bei dem Überhandnehmen der politischen Verhetzung und der damit verbundenen Auswirkungen kann es nicht mehr geduldet werden, daß Privatpersonen Uniformen oder Abzeichen tragen, die die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Vereinigung kennzeichnen und dadurch häufig zu Zusammenstößen und gewalttätigen Auseinandersetzungen herausfordern.“ In dieser Umschreibung der Organisationen, für die das Verbot des Tragens von Uniformen und Abzeichen gilt, ist nur von politischen Vereinigungen die Rede. Nach dem Berliner Börsen-Courier Nr. 583 kann als Grundlage für das Uniformverbot die Liste der politischen Vereinigungen gelten, die im Reichswehrministerium hergestellt und dem Reichsinnenminister zugeleitet ist. Als politische Vereinigungen sind danach anzusehen: sämtliche Organisationen der politischen Parteien, sowohl die Zentralverbände wie die Landes- und Ortsgruppen, alle Gewerkschaften, ferner der Reichsverband vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, die deutsche Friedensgesellschaft, die deutsche Werksgemeinschaft Augsburg, der deutsche republikanische Reichsbund, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Arbeiter-Flugsportverband „Sturmvogel“, Flugverband der Werkstätten, Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege und die ihr angeschlossenen Verbände, Stahlhelm, Wehrwolf usw.

Uns interessiert es in diesem Zusammenhange, daß die Abzeichen sämtlicher Gewerkschaften ebenfalls verboten sind. Die Gewerkschaften werden also als politische Vereinigungen betrachtet. Wenn die Liste der politischen Vereinigungen, für die die Notverordnung gelten soll, derart aufgestellt ist, dann können wir uns nur vorstellen, daß ein weltfremder Mensch diese Aufstellung vorgenommen hat. Die Gewerkschaften sind keine politischen Vereinigungen. Es ist unseres Erachtens notwendig, daß dies den betreffenden Herren einmal klargemacht wird.

Die Frau in der Notverordnung

Durch die Vierte Notverordnung werden auch besondere soziale Belange der Frau angetastet, so z. B. kommen die Mehrleistungen, die die Krankenkassen in bezug auf die Wochenhilfe und Familienwochenhilfe gewährten, mit dem 1. Januar 1932 in Wegfall. Das auch hier der Abbau beträchtlich ist, wird besonders deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß folgende Mehrleistungen bei der Wochenhilfe möglich waren:

A. Bei der Wochenhilfe konnte durch die Satzung die Dauer des Wochengeldbezugs von 10 bis auf 13 Wochen, das Stillgeld von 12 bis auf 26 Wochen erweitert werden. Außerdem konnte das Wochengeld höher als das Krankengeld, und zwar bis zur Höchstgrenze von dreiviertel des Grundlohnes, bemessen werden. Und der einmalige Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 10 M konnte eine Erhöhung bis auf 25 M erfahren.

R. Bei der Familienwochenhilfe konnte durch die Satzung der Betrag des Wochengeldes, das 50 Pf. täglich, und der Betrag des Stillgeldes, welches 25 Pf. täglich beträgt, bis auf die Hälfte des Krankengeldes des versicherten Angehörigen erhöht werden. Auch konnte die Dauer des Wochengeldbezugs bis auf 13 Wochen, das Stillgeld bis auf 26 Wochen erweitert werden.

Außerdem werden die Frauen in der Krankenversicherung noch durch folgende Maßnahmen betroffen: Stirbt der Ehegatte, so kommt als Sterbegeld nunmehr das Zwanzigfache des Grundlohnes in Frage. Vordem konnte durch die Satzung das Sterbegeld eine Festsetzung bis zum Vierzigfachen des Grundlohnes erfahren. Auch beim Tode eines Kindes konnte durch die Satzung Sterbegeld vorgesehen werden. Dies ist nun ebenfalls nicht mehr möglich.

Ferner darf das Krankengeld für Versicherte mit Angehörigen (Ehefrau usw.) nicht mehr durch Zuschläge erhöht werden. Der Zuschlag für den Ehegatten konnte 10 vH des Grundlohnes betragen.

Die Dauer der Familienhilfe bleibt jetzt auf 13 Wochen beschränkt und kann nicht mehr auf 26 Wochen erweitert werden. Von den Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel wird grundsätzlich nunmehr die Hälfte entfallen, vordem bis zu 70 vH.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung ist folgendes zu erwähnen: Witwenrenten solcher Hinterbliebenen von Versicherten, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben sind oder die an diesem Tage demnach erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben, können mit dem 1. Januar 1932 in Wegfall. Diese Witwen sind damit wieder auf die Fürsorge angewiesen.

Aus der Sozialversicherung, und zwar betrifft es die Invaliden-, Unfall-, Angestelltenversicherung und die knappschaftliche Pensionsversicherung, sind auch noch einige Maßnahmen zu erwähnen, die die Frau besonders betreffen: Die Rente einer versicherten Ehefrau wird für ihre Kinder, die eheliche Kinder des Ehepartners sind oder deren rechtliche Stellung haben, von dem Kinderzuschuß nur erhöht, wenn die Versicherte vor Eintritt des Versicherungsfalles den Unterhalt der Kinder ganz oder überwiegend bestreitet hat.

Mehreren Empfängern von Renten aus einem Versicherungszweige wird der Kinderzuschuß für dasselbe Kind nur einmal gewährt, und zwar demjenigen, der das Kind ganz oder überwiegend unterhalten hat. Der Zuschuß auf die Rente der Frau wird nun in der Regel in Wegfall kommen.

Die Hinterbliebenenrenten aus einem Versicherungszweige dürfen zusammen nicht höher sein als die Rente einschließlich des Kinderzuschusses, die dem Verstorbenen aus diesem Versicherungszweige zur Zeit seines Todes zustand oder zugestanden hätte, wenn er zu diesem Zeitpunkte invalide (berufsunfähig, voll erwerbsunfähig) gewesen wäre; sonst werden sie nach dem Verhältnis ihrer Höhe gekürzt.

In der Unfallversicherung beträgt der Höchstbetrag für die Hinterbliebenenrenten zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes.

Die Hinterbliebenenrenten aus der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschaftlichen Pensionsversicherung ruhen neben den Hinterbliebenenrenten aus der Unfallversicherung, Witwenrenten (ohne Zusatzrente) aus den Versorgungsgesetzen, Hinterbliebenenbezügen auf Grund versicherungsfreier Beschäftigung bis zur Höhe dieser Bezüge.

Auch diese Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1932 in Kraft.

Natürlich werden die Frauen nicht nur in diesen besonderen Maßnahmen, die die Notverordnung vorsieht, sondern auch von allen übrigen Maßnahmen, wie Hinaufsetzung der rentenauslösenden Erwerbsbeschränkung in der Unfallversicherung, der Erhöhung der Pflichtbeiträge in der Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung usw., sowie vom Lohnabbau betroffen.

Welche Krankenkassen-Regelleistungen kommen in Wegfall?

Die Vierte Notverordnung schneit auch die Krankenversicherung nicht. So wird bestimmt, daß bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung die Leistungen aus der Krankenversicherung sich auf die Regelleistungen zu beschränken haben, das heißt daß die Mehrleistungen in Wegfall kommen.

Was versteht man eigentlich unter Regel- und Mehrleistungen? Regelleistungen sind diejenigen Leistungen, auf die der Versicherte gemäß der Reichsversicherungsordnung einen unbefristeten Anspruch hat. Und Mehrleistungen sind solche Leistungen, die die Krankenkasse auf Grund ihrer Satzung eingeführt hat. Die Mehrleistungen gehen also immer über die Regel- oder Pflichtleistungen hinaus.

Die Krankenkassen konnten in ihren Satzungen folgende Mehrleistungen vorsehen bzw. einführen: Die Dauer der Krankenhilfe konnte bis auf ein Jahr erweitert und das Krankengeld für Versicherte mit Angehörigen, die er bisher ganz oder überwiegend unterhalten hatte, durch Zuschläge erhöht werden. Die Kasse war in der Lage, Hausgeld allgemein

BSI-Betten
Echte Holzschichten
Kleiderst. Gabelung
Polster, Stahlmatratze in
Jeder Teil. Katal. 4 fr.
Eisenmöbelfabrik Bohl.

Kauft nur bei
Inserenten
unseres
Blattes!

Billige böhmische Bettfedern
— Nur reine guttadelnde Sorten —
Ein kg graue geschlossene Mk. 2,50
halbweiße Mk. 3,—, weiße Mk. 4,—
bessere Mk. 5,—, 6,—, daunenweiße
Mk. 7,—, 8,—, beste Sorte Mk. 10,—
12,—, weiße ungeschl. Ruffiedern
Mk. 6,50, 7,50, beste Sorte Mk. 9,50.
Versand franko Zollfrei, gegen Nachn.
Muster frei, Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes 34, bei Pilsen, Böhmen

10% Preisabbau!!
unserer bekannt guten
Blauen Arbeitsanzüge
Ia. Körperroll bisher 6,— jetzt 5,40
Ia. Körperroll oder allerschwester
Haustuch bisher 6,50 jetzt 5,85
Extra schwerer unverwüstl. Körper-
Drell bisher 7,50 jetzt 6,75
Verkaufsbedingungen wie bisher.
Mergler & Co., Würzburg 104
mehrfach. Berufskleiderfabrik

Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!
1 Pfund graue, gute, geschlossene Bettfedern 60 Pfg. bessere
Qualität 80 Pfg. halbweiße, launige 1 M, 1 M 20; weiße,
launige, geschlossene 1 M 50, 1 M 90, 2 M 50, launige, ge-
schlossene Halbstaum Herrschaftsfedern 3 M, 4 M, 5 M,
Ruffiedern, ungeschl. mit Flaum gemengt, halbweiß
1 M 95, weiß 1 M 95, weißer, allerbeste Flaumruff 2 M 25, 3 M 25, 4 M 25.
Muster u. Preislisten kostenlos. Versand jeder Menge zeitfrei gegen Nachnahme.
Von 10 Pfd. an auch portofrei. Nichtpassend wird umgetauscht od. Geld zur.
S. BENESCH in PRAG XII., AMERICA ULICE NR. 869, BÖHMEN.

Lungenleiden
Strandbäder, Baden, Seebäder,
Sonne, frische Luft, heilen
am wirksamsten und wirksamsten die alten Naturmittel
Sulfidwasser (S. 1.50) u. Sulfidwasser (S. 1.80).
Beide Säfte wirken kräftigend, ausdauernd, er-
frischend und kräftigen die Lunge. S. 1. je
1,50 u. 2,00, zu beziehen mit je 5 S. auf 10 S. 1. je
franco Nachnahme.
Herbaria-Kräuterparadies
Sulfidwasser 2, 304 (Sachsen).
Herstellung aller naturreinen Gemische u. Heilpflanzenpräparate. Preisliste gratis.